

Gürtel der Volksbote.

Organ für die Interessen der verhängten Bevölkerung.

Festsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Festsprecher Nr. 926

Der „Gürtel der Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Feiertagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition Johannistraße Nr. 50/52, und die Post zu begießen. — Preis vierthalbjährlich Mr. 1.00. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4089 a, sechster Nachtrag.

Die Abgabengebühr beträgt für die viergehalbte Zeitzelle oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Fristen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, ordneter Tage vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 35.

Sonntag, den 11. Februar 1906

13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und „Die Neue Welt“.

Ein Blick in das Leben der Kolonialkrieger.

Unter den Opfern des südwästafikanischen Kolonialkriegs befindet sich eine größere Anzahl, bezüglich deren die amtlichen Telegramme recht mysteriöse Todesursachen angeben. Kürzlich lief eine Depesche aus Windhuk ein, wonach ein Major an einem unauflösbaren Erschöpfungstod gestorben ist, ein Krankenwärter im Gelände tot aufgefunden wurde, der sich „anscheinend in gefährlicher Umgebung erschossen“ habe, wonach ferner ein Gefreiter sich „eigenmächtig entfernt“ hat und ein Unteroffizier bei einer probeweisenden Alarmierung durch einen Schuß schwer verletzt wurde. Die Zahl der Soldaten, die als „vermisst“ gemeldet werden, ist außerordentlich groß. Es ist anzunehmen, daß die Militärverwaltung in Berlin noch genauere Berichte erhält über die Ursachen dieser merkwürdigen Falle. Sollten, was wahrscheinlich ist, auch in den genaueren Berichten noch manche Unklarheiten bestehen, so würde sich erweisen, die Angehörigen der betreffenden Truppenteile auf schärfste Vernehmung zu lassen, denn nach den Mitteilungen einiger Privatbriefe von einem freiwilligen Kolonialkrieger, die unserem Stuttgarter Parteiorgan zur Verfügung gestellt wurden, ist eine gründliche Nachforschung nach den Zuständen bei einzelnen Abteilungen dringend notwendig. Der Verfasser dieser Briefe ist nicht etwa sozialdemokratisch angehangt, vielmehr hat er den Geist der Trotschischen Elasse vermauert unverfälscht in sich aufgenommen, daß er gewiß voll erklärt: „Der Weise ist dummkopf, wo schont dies schwarze Volk; aber die wo unter unsere Hände kommen, sterben, wenn nicht ein schlapper Offizier dabei ist. Wie sollen das Volk schon, weil sie so weit geschlagen sind, die Schweine, die unseren Bildern die Geschlechtsstelle, Augen, Ohren und Hände abgeschossen haben — nein das gibt's doch nicht. Ich werde mich rächen, so lange noch ein Tropfen Blut sich in mir bewegt... meine Hände sind mit Blut besetzt aber auf rechte Weise, für meine Kameraden, für mein Vaterland... ich bin an das Leben schon gewöhnt, denn Mord und Tod schlägt fällt hier nicht auf.“

Wir haben es also mit einem Manne ganz nach dem Herzen des Hunnenpastors zu tun, mit einem Manne, der, nachdem er seine hier folgenden Beschwerden geschildert hat, noch gerecht abwägend hinzugesagt: „Ich will die Schuld nicht ganz auf die Vorgesetzten wälzen, aber es könnte doch vieles besser sein.“

Und nun die Schmerzen und Leiden dieses so kriegerischen Helden. Er berichtet, er habe Freude, die so leicht behandelt werden, daß er es nicht über Herz bringen werde. Ein Mann, der aus dem Felde wegen Herzfehler und Typhus entlassen worden war, meldete sich erneut stark. Als er zum Stabsarzt kam und fragte, daß er Schwindsanfälle habe, erhielt er zur Antwort, er solle nicht so viel laufen. Als der Arzt ihn dann untersucht hatte, trug er die Feststellung, daß der Arzt, der ihn das erstmal in Behandlung gehabt, nichts versteht, und wies den armen Kranken mit den Worten: „Maus, raus! zur Tür hinaus. Der kalte Soldat mischte in seinem Zustand das Lazaretto verlossen und wird nun wahrscheinlich binnensurzem ins „bessere Jenseits“ abberufen werden, wie das schon bei manchem andern der Fall war. Unter den Kriegsleuten seien Leute (der Briefschreiber gibt ihnen ein nicht schmeichelhaftes Prädikat), die noch nicht im Felde waren und sich nur auf Etappen herumtreiben. Manche Vorgesetzte sorgen reichlich dafür, daß sie keine Entbehrungen erleben, wenn es gegen den Feind geht. Sie führen oft drei Koffer mit Delikatessen und Luxusgegenständen mit sich; aber der Provinziant der Mannschaft habe keinen Platz mehr auf den Wagen, die außerdem mit Tischen und Stühlen beladen seien. Es seien Leute darunter, die sich in Deutschland vor Schulden nicht mehr auskämpfen, deshalb nach Südwästafrika gingen und nun die armen Teufel von Soldaten schwärzten ließen. Der Wassermangel sei sehr eßlich. Wenn einmal ein armer Reiter nicht da von, denn die Flasche komme auf 4 Ml! Wörtlich sagt der Briefschreiber: „Ich wünschte schon oft und hab den lieben Gott schon gebeten, er möchte mich doch durch eine Kugel von diesem Leben entfernen; aber nein, ich muß die Sache von Anfang bis Ende mitmachen. Meinte hindurch kommt man nicht aus der Reithose; du kannst dir denken, wie man da aussieht, an Läufen fehlt es nicht bei uns. Ich kann und darf nicht alles schreiben, was ich wollte, aber die Zeiten werden kommen, wo wir auch wir erzählen und fragen werden, ob wir das verdient haben. Als ich in dieses verfluchte Land kam, zählte mein Truppenteil 182 Männer, und jetzt sind es noch 22; wo sind die anderen? — Tod! Ja, sie haben treu gekämpft und sie ruhen in

Frieden. O, ich wollte, der erste Schuß, den ich am... bekam, hätte mich dachten gebracht, und ich ruhte in Frieden bei meinen lieben Kameraden. Ja, ich glaube, daß Ihr von uns nicht viel hört, denn es ist traurig. Es geht es, aber vor einigen Monaten, wo man schon die Kost der Schwarzen spuckte, da war es teuer, wo wir die Proviantwagen abschnappten. Ihr dürft nicht denken, daß der große Teil von unseren Kameraden von den schändlichen Regeln dahingerafft wurde, nein, der Typhus, der von Hunger und Strapazen kommt, hat die meisten geholt.“ Schließlich kostet sich unser Krieger damit, daß „die schwarzen Schweine nun so weit geschlagen sind; was noch übrig geblieben ist, sind bloß Räuberbanden, und die werden wir auch noch bekommen.“

Es ist also kein Zweifel, daß wir es hier mit einem Angehörigen der Schuhtruppe zu tun haben, der seinen Vorgesetzten nun ergeben ist. Er will Ihnen nicht alle Schuld an den Leidern der Soldaten umsetzen, er hält aber dennoch seinen Freund, an den der Brief gerichtet ist, seine Klagen in der Zeitung zu veröffentlichen. Dieser Bitte ist aus leichterlichen Gründen nur teilweise entsprochen worden. Was hier aber mitgeteilt ist, genügt — vorausgesetzt natürlich, daß es der Tatsache entspricht — vollauf zur Kennzeichnung der in der Kolonialtruppe herrschenden Zustände.

Wir erwarten, daß die hier in Betracht kommenden Instanzen eine eingehende Untersuchung der Lage der deutschen Kolonialkrieger vornehmen und gegebenen Falles Schleunigst für Abhilfe sorgen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Aus dem Reichstag. Im Reichstag wurde die sozialpolitische Generaldebatte fortgesetzt. Der Zentrumsmann Gieseberts von Essen erzählte soziale Wunderdinge von seiner Partei, mußte aber anerkennen, daß es in der Zentrumskoalition des Deutschen Hauses höchst unsoziale Herren gibt. Der nationalliberale Prinz Schönbach, den man sehr übertreibend den roten Prinzen nennt, versuchte höchst verständig das düstere, aber nur zu richtige Bild, das Genosse Hue von den Walzwerken und Büttlern gezeichnet, ein wenig zu retuschieren und erging sich im Überlegen in nicht unberechtigten Klagen über die Rückstoffsigkeit vieler Automobilisten. Graf Posadowsky legte Abhilfe zu, soweit es in seinen Kräften steht. Vom Glück der Fabrikarbeiter wußte ein gewisser ostpreußischer Junker Rogalla von Bieberstein Unglaubliches zu erzählen. Mit dem famosen Wugdalan, dem Totengräber des Freistaates, rechnete Graf Posadowsky ab, der auf das, was proletarische Selbstverwaltung in den Konzernklassen geleistet, mit Stolz hinweisen konnte. Dann erlebte das Haus eine vergrüßte halbe Stunde, die es einer Sinnentäuschung des Januskopfes Oldenburg verdankte, der sich auf der Blöße eines Kürsches glaubte und in der Tat geradezu prähnende Proben für seine Fähigkeit zu dieser exzitierenden Rolle ablegte. Eine Lachsalve folgte auf die andere. Werkwidrigerweise nahm Graf Posadowsky den drolligen Kauz erst und tat ihm die Ehre an, ihn abzutun. — Am Sonnabend steht die wiedereröffnete Interpellation unserer Fraktion über das Russland. Unglück vor der Fortsetzung der sozialpolitischen Generaldebatte auf der Tagesordnung.

Die neue Form der Zigarettensteuer, die von dem nationalliberalen Abg. Heß im Verein mit einigen anderen, vom Steuerschmerz der Regierung geführten Abgeordneten konservativer und ultramontaner Couleur ausgeheckt worden ist, zeigte sich bei der Weiterberatung in der Kommission immer mehr in ihrer Widerrinnigkeit. Das hinderte jedoch die steuerstüchtigen Leute nicht, den Untergang zu beschleichen. Nach § 2 soll die Steuer nach dem Metallauspreise berechnet, nach § 3 aber vom Hersteller der Ware entrichtet werden, der also die Kleinstauspreise zu bestimmen hätte. Abg. v. Elm (SD) bezichtigte dies als eine ungeheuerliche Intrusion und beantragte statt „Hersteller“ zu sagen: „Verkäufer“, wisch' legerter sich ja an den einzurichtenden Verkaufsstellen der Bandenole kaufen könne. Abg. Geyer (SD) behauptete, durch diese Bestimmung werde den großen Unternehmen das Preismonopol in die Hände gespielt. Abg. Raab (Anti.) hielt dies für vorteilhaft, weil damit der Schleuderkonkurrenz begegnet werde. Dem widersprach Geyer, der auf die Konkurrenzwirtschaft des amerikanischen Zigarettentrusts in seinen deutschen Fabriken hinwies. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Heß, Kaden und Schmalfeldt wiesen nach, wie dadurch der Kleinbetrieb geschädigt werde, und polemisierten schärf gegen die Tendenzen der Vorlage: die wichtigen, das geze Geldärschen berührenden Ausführungsbestimmungen dem Bundesrat zu überlassen, der damit freie Hand kommt für monopolistische Bestrebungen. Der Antrag v. Elm wurde abgelehnt und § 3 nach der Vorlage angenommen. Bei § 5 forderte Geyer Auskunft, ob mit

der Bestimmung, daß Zigaretten nur in „vollständig geschlossenen Packungen“ verkauft werden dürfen, der Verlust einzerner Zigaretten aus dem Paket untersagt werden sollte. Die Antragsteller konnten darüber keine Auskunft geben, kennen also die Reichswerte ihres Sudetewerkes gar nicht. Es kam nach wiederholter Aufforderung gab der Direktor Kuhn die Erklärung ab, daß die Bundesratsvorschriften darüber bestanden würden. Geyer und v. Elm forderten darauf eine Änderung im Gesetz, weil sonst der Rückgang im Konsum noch größer werde; auch durfe der Reichstag seine legislativischen Rechte aus der Hand geben und den Bundesrat nicht so wichtige gesetzliche Bestimmungen allein treffen lassen. Erbohr — es fruchtete nichts, § 5 wurde nach der Vorlage angenommen. Ein Antrag v. Elm, in diesem Paragraphen die Bestimmungen zu streichen, nach der auf jeder Packung auch der Name und Sitz der Firma des Händlers angebracht sein muss, wurde abgelehnt. Ferner wurden von sozialdemokratischer Seite die §§ 8, 10 und 12 angefochten, welche Verbesserung und Vereinfachung der Kleinbetriebe brächten. Bei § 8 wurde eingewendet, daß er den „schwarzen Krautfabrikat“ mit trifft, der ausgespundet und wegen seines Feuchtigkeitsgehalts gar nicht Pakete verpackt, sondern in kleinen Kücken gehalten werde. Die Antragsteller der Mehrheit lehnte jede Änderung ab, wollen aber den „schwarzen Krautfabrikat“ von der Steuer ausnehmen. Durch § 13 wird die ganze Rauchtabakindustrie, die fertigungsfähigen Tabak herstellt, in Mitteleinschluß gezogen und der politischmäßigen Aufsicht unterworfen, wie der Abg. Geyer feststellte, so daß das Gesetz einen Einbruch in die Tabakindustrie macht. Über es war alles in den Wind gesprochen — die Mehrheit war von einer wahren Sucht besessen, die Zigarettenindustrie schwer zu belasten ohne Rücksichtnahme auf das ganze geschäftliche Gutleben. Den Antisemiten wurde mit Recht mehrfach der Vorwurf gemacht, daß sie durch ihre Vertreibung des Getwurzes gerade die Kleinbetriebe schädigen, die sie sonst zu schützen vorgeben.

Schon alles persönlich in Ordnung gemacht? Neben die Erwerbung von Kiautschou stellt ein Gewährsmann des Petersburger Herold, der mit dem Reichskanzler Hohenlohe vertraut war, folgende Aeußerung mit, die Fürst Hohenlohe einmal gesprächsweise ihm gegenüber machte:

„Als ich mit dem fertig ausgearbeiteten Projekt der Besetzung von Kiautschou zum Kaiser Wilhelm kam, um darüber Vortrag zu halten, griff Kaiser Wilhelm schwungsvoll in ein Schublädchen und sagte, indem er demselben einen Brief des Kaisers von Russland entnahm: „Hier! da haben Sie Ihr Projekt schon verwirkt, ich habe die Sache schon im persönlichen Briefwechsel mit dem Kaiser von Russland gezeigt.“

Der Gewährsmann betont noch besonders, daß diese Worte des Reichskanzlers Fürst Hohenlohe genau aus seinem Gedächtnis wiedergegeben seien. Schade, daß man nicht weiß, was für ein Gesicht der verantwortliche Vertreter der deutschen Politik dabei gemacht hat? Oder hat er gar kein Gesicht gemacht? Das wäre — nicht russisch, denn dort machen Minister zuweilen ein Gesicht.

Polizei gegen russische Auswanderer. Die dem Süden der Aktionäre der Amerika- und Lloyd-Linie so vortreffliche, der Freiheit und dem Interesse nicht reicher russischer Auswanderer so nachdrückliche Wallen-Polizeiverordnung ist dieser Tage vom Kammergericht für gültig erklärt. Der Regierungspräsident zu Gumbinnen hat unter dem 23. Dez. 1898 eine Polizeiverordnung erlassen, deren § 1 vorstreckt: Russische Passanten dürfen nur dann übertragen in den Regierungsbezirk Gumbinnen, wenn sie einen ordnungsmäßigen Paß, eine Reisepasskarte (für Ostsee Hamburg-Amerika-Linie, für Nordsee Bremen-Linie) nach einem außer-europäischen Hafen und so viel Barmittel besitzen, daß dadurch die Reise nach dem Bestimmungsort und ihre Anreise dadurch gesichert erscheint. — Wegen Übertretung dieser Regierungs-Polizeiverordnung waren die Russen Laaser und Urs angeklagt worden. Das Landgericht Lübstadt als Verhandlungsort brachte es auch die Angeklagten, weil sie von Russland in den Regierungsbezirk übergetreten seien, ohne den Anforderungen der Verordnung zu entsprechen. Die Angeklagten legten Revision ein und rügten die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Regierungspräsidenten. Unter anderem verstoße sie gegen die Verordnung über das Paketwesen. Das Kammergericht, das die Sache schon einmal vertragt hatte, um Materialien betr. das Bustandekommen der Verordnung einzuhören, verwarf die Revision. Es erklärte die Verordnung mit folgender Begründung für rechtsgültig: Durch die Materialien werde die Frage der Rechtsgültigkeit allerdings wenig gefordert. Dabei handelt es sich um solzade: Nach § 12 des preußischen Polizeiverordnungen. Gleiches vom 11. März 1850 schauten sich die nach § 11 zulässigen Bezirk-Polizeiverordnungen der Regierungspräsidenten auf die im § 6 des Gesetzes (hinsichtlich der Oberpolizeiverordnungen) angeführten und alle anderen Gegenstände beziehen,

deren polizeiliche Regelung durch die Verhältnisse der Gemeinden oder des Bezirks erforderlich seien. Da hätten nun zweifellos der Regierungsbezirk Gumbinnen und die darin liegenden Orte ein großes Interesse davon, daß sich nicht ein großer Strom unbemittelter Auswanderer in ihr ergäbe, dessen Durchzug nach Amerika nicht gestoppt sei. Es läge die Gefahr vor, daß diese Elemente im Regierungsbezirk zurückbleiben oder drüben angelangt, zurückgewiesen würden und wieder kämen, ohne daß ihre Übernahme nach Rußland erzwungen werden könnte. Das besondere Interesse des Bezirks an ihnen Polizeivorschriften sei also gegeben. Es müsse nur mindestens eine gewisse Achtsamkeit mit den unter § 6 a bis h des Gesetzes ausführten Eigenständen polizeilicher Regelung bestehen. Auch das sei der Fall. Durch jene Auswandererelemente werde das Eigentum (§ 6 a) bedroht, indem den Gemeinden mehr Kosten erwachsen. Auch läme § 6 c (Aufnahme und Beherbergung von Fremden) in Betracht!!! — Wie gepreßt und gezwungen ist die Entstehung dieses Urteils und seine Begründung! Man hört ordentlich die Zweifel heraus, die die Richter selbst hatten. Das Urteil ist in der Tat unhalbar und bereits mit dem preußischen Polizeiverwaltungsgesetz, das das Kammergericht anführt, unvereinbar. Die Logik, die dem Kammergerichtsurteil bei der Auslegung des Gesetzes beliebt hat, würde es rechtfertigen, jeden nicht reichen Menschen, ob Si- oder Ausländer, polizeilich jedes Recht zu unterbinden, da er ja möglicherweise eine strafbare Handlung begehen könnte. Bei seinem falschen Ergebnis könnte das Kammergericht nur deshalb kommen, wenn es die Polizei für die Seele des Staates hält, deren Tun richtiger Prüfung in den Fällen nicht unterworfen ist, in denen es sich gegen minder Wohlhabende richtet. Das ist bei einem Gericht begreiflich, das in Streitsprozessen den Schutzmann als den Engel betrachtet, der das Gericht von der Pflicht erlöst, zu prüfen, ob eine polizeiliche Anordnung zur Entfernung von der Straße erging. Die kammergerichtliche Entscheidung überzeugt aber auch, daß die Gumbinner Polizeiverordnung ungültig ist, weil sie gegen den russischen Handelsvertrag verstößt, der auch für arme Russen die Aufenthaltsberechtigung einräumt. Freilich, ein Gericht, das eine polizeiliche Behinderung des Außenhalts für eine polizeiliche Regelung der Aufnahme und Beherbergung“ hält, wird in der Endurung des Außenhaltsrechts den § 6 u. § 7 des Außenhaltsrechts erbliden.

Die sächsischen Versammlungsverbote. Auf die Anfrage des Abgeordneten Goldstein wegen des Verbots der letzten Volksversammlungen, ob die Regierung eine allgemeine Verfügung erlassen habe und ob sie die Förderung von Wahlrechts- und Verfassungsfragen verhindern wolle, antwortete Staatsminister Meissner unter Rechtfertigung der polizeilichen Maßregeln, daß ein allgemeines Verbots nicht erlassen worden sei und die Entschließung über künftige Erlaubung von Erörterungen solcher Fragen in öffentlichen Versammlungen von den Verhältnissen im Einzelfalle abhänge. Bei der Besprechung der Anfrage teilte die Mehrheit der Redner den Standpunkt der Regierung.

Dies Kind, kein Engel ist so rein . . . Über die Rechtfertigungsversuche des Gouverneurs von Kamerun, Festo von Puttkamer, wird dem „B. L.“ mitgeteilt, daß sich Puttkamer auf seiner Rückreise von Kamerun nach Deutschland in folgender Weise geäußert hat: „Die ganze Gerichtsverhandlung gegen die Altwaleute habe ohne seine Mitwirkung oder Erwaltung stattgefunden. Der Regierungsrat v. Brauchitsch habe die Sache selbständig in die Hand genommen; er, Puttkamer, selbst habe weiter nichts dazu getan, als einige Aktionen an das Gericht ausgeliefert. Im übrigen sei ein Aufstand in Kamerun nicht zu befürchten, da die Bell-Deute zur Regierung hielten; die Bell-Deute seien aber stärker als die Alwa-Deute. Offiziell habe er über die Geschwörde der Alwa-Deute überhaupt nichts gewußt, da ihm darüber vom Kolonialamt kein Bescheid zugegangen sei. Nur aus Privatbriefen und Geständnissen habe er darüber etwas erfahren.“ Wie man sich erinnert, hat Kolonialdirektor Dr. Stübel im Gegensatz hierzu versichert, Puttkamer sei hinreichend informiert worden, und der Erbprinz v. Hohenlohe-Langenburg habe diese Verfassung auf Grund der Alten wiederholt. Trotzdem aber ist Puttkamer natürlich unschuldig!

Kolonialpolitik — Männerpolitik. In Hannover hielt dieser Tage der berüchtigte Dr. Karl Peters, der seit etwa Jahresfeier wieder „rehabilitiert“ und vor den Berliner Machthabern in Gnaden aufgenommen „hängen“ eine Rede, die einen tiefen Blick zu läßt in das Wesen der kapitalistischen Kolonialpolitik. Niemals enthüllt der Kapitalismus seine Raubtätigkeit so schamlos wie da, wenn er auf exotische Länder losgefahren wird; das beweist die Kolonialgeschichte aller Länder; das holländische Kapital hat die niederländisch-indischen Kolonien ebenso niederrücktig ausgeraubt, wie das englische Kapital Indien, wie das belgische den Kongostaat, das französische weit vorderekanthische Gebiete; daß die Amerikaner den früheren Besitzern der jetzt ihnen gehörenden Kolonien, den Spaniern, nichts nachgeben, beweisen alle Berichte, die von den Philippinen zu uns gelangen und wie Deutschland sich als Kolonialmacht bewährt, darüber sagen nicht nur die Fälle Leissi, Wehlau, Arnsberg und gerade auch der Fall Peters genug — das ist vor allem erst in den letzten Wochen wieder grell beleuchtet worden durch die Erörterungen über die Gründe, die einen Kolonialaufstand nach dem anderen heranbeschworen haben. Herr Peters, den eine gewisse brutale Offenheit zierte, hat sich nur das Verdienst erworben, durch seine hannoversche Rede sozusagen eine Theorie der Kolonialkriegsbarbarei entwickelt, die Niedertracht in ein System gebracht zu haben. Wir wollen deshalb aus dieser Rede einige besonders markante Stellen wiedergeben. Herr Peters erklärte, Kolonien zu erwerben, indem man sie wegnehme. Das sei die billigste Erwerbung. Schwenken, was man kriegen kann, müsse Leidmotiv sein. Sehr verständig sei es, wenn der Staat das fortgenommene Land in Besitz nehme, denn dann müsse er ja auch das dort „arbeitende“ Kapital schützen. Gegen die Weißen in den Kolonien könne der Staat nicht liberal genug sein. Er dürfe nicht „säcken“ mit Konzessionen an kapitalistische Gesellschaften! Peters verlangte dann, daß die Kolonien der schrankenlosen Ausbeutung durch das Privatkapital überlassen werden, und es sei gar nicht patriotisch, die Kolonien nur dem deutschen Kapital zu öffnen. Nur

Geldverbielen sei patriotisch, und es ziehe niemand aus anderen Gründen in die Kolonien, der nicht ins Irrenhaus gehört. „Ich gehe doch nicht in die Kolonien, um die Schwarzen glücklich zu machen“, rief Peters aus. Die Schwarzen sollen „für die Weißen organisiert und zur Arbeit gezwungen werden“. Vom 16. bis 22. Jahr soll jeder Schwarze seinem deutschen „Vaterland“ mit der Schaufel dienen! Gegen willige Entschädigung soll der Staat die Schwarzen an die Gesellschaften verdingen. Vor Schulen in den Kolonien hat Herr Peters einen begreiflichen Abschluß. „Wir haben keinen Grund, Schulen für die Schwarzen zu bezahlen, denn die Schule bringt die Schichtbaume zusammen, mit der die Schwarzen ihre Minen zur Erschließung bringen. Die Weißen werden durch die Kolonialschulen in die Lust gesprengt.“ Durch die Schulen erfahren die Schwarzen, wie die Mongolen es den Weißen „gezeigt haben“ und sie wollen es dann mit den Freunden ebenso machen. „Die Schule ist der Hexe der Revolution! Besser als die Schule ist eine starke Schutztruppe und eine kräftige Polizeigewalt.“ — In der Tonart ging's weiter. Man sieht: die Peterssche Kolonialtheorie sieht die uns aus der heimischen Preußis des Kapitalismus nur allzu gut bekannten Grundsätze der Dreieinigkeit von Unserer Ausbeutung, brutaler Unterdrückung und systematischer Verdunstung dar! Kolonialpolitik ist ja ausgeprägte kapitalistische Politik, und die Sozialdemokratie, die im eigenen Sinne den Kapitalismus Krieg auf Leben und Tod erklärt hat, sollte sich je für diese Kolonialpolitik gewinnen lassen? Den Gedanken aussprechen, heißt auch, tha in der ganzen Größe seines Überwuches begreifen!

Ein Mothschat. Dieser Tage erhält der Parteisekretär für Ostpreußen von einem durchaus königstreuen Landarbeiter aus Bublanken bei Neuerburg (Kreis Tilsit) folgenden Brief: „Ich bin gezwungen, mich an die Sozialisten zu wenden und Ihnen mein schweres Leid zu klagen. Ich war am 15. Januar d. J. 50 Jahre alt. Habe neue Kinder in der Ehe gehabt. Die ältesten sind fünf habe ich bis zur Einsiegung zu Hause gehabt, jetzt sind sie in der Fremde. Die vier schulpflichtigen Kinder habe ich noch zu Hause und erzähle sie, wie ich die anderen ernährt habe. Ich werbe auch ferner meine Pflicht tun, so lange ich lebe. Kein Mensch kann hier sagen, daß ich arbeitschau bin. Nun aber, da ich 50 Jahre alt bin und noch vier Kinder habe, will keiner an mir eine Wohnung vermieten. Denn die Ortschulzen von Bublanken sowie vom Nachbardorf Argentinen zu den Vermietern und sagen, sie möchten mich nicht nehmen; denn ich könnte ein Ortsarmer werden. Es wird sowohl kommen, daß ich auf das Dorf-Bivaland rausgesetzt werde und dann ziehen muß, wie meine Frau und vier Kinder leiden, bis sie zu Tode erstarrt sind. Selbstmord kann ich doch nicht begehen, um der Plage ein Ende zu machen. Ich bitte Sie sehr, doch zu sorgen, daß wenn die Abgeordneten in Berlin zusammen kommen, möchten sie beschließen, daß das arme Volk, dem die Ortschulzen die Wohnungen verweigern, vom Militär erschossen wird, aber gleich mit der jungen Familie zusammen, damit es sich nicht vermehren kann. Ich bin bereit, nicht nur feindlichen, sondern auch deutschen Angestellten und Beamten gegenüber zu stehen. Ich bitte mir mitzutellen, wie ich es bis dahin machen soll.“ Hochachtungsvoll U. S. — Dieser Mothschat beweist die Dringlichkeit der Reform des Gesetzes über den Untersuchungs-

Russland.

Reglementierte Schreckensherrschaft. Die „Rass. Rasse“ verbreitet folgende Depeche: Petersburg, 8. Febr. Es ist entschieden über die Ausweitung des Kriegs- und Bürgerlichen Gesetzes in Gegenen des Kriegszustandes der Höchstkommandierende, in Gegenen des kleinen Kriegszustandes der Generalgouverneur, bei verständigtem Schutz der Minister des Innern und der Justizminister. Statt dessen nahm an der Reichsrat ein Gesetz an, dessen Veröffentlichung unmittelbar befohlen und das bestimmt, daß jeder Fall politischen Mordes, Anschlags, Bombenwerfers, Bereitung, Aufbewahrung und Verkaufs von Explosionsstoffen kriegsgerichtlich die Todesstrafe nach sich zieht. Im Reichsrat sprachen viele Stimmen im Hinblick auf den schlechten Einbruck erstaunlich dagegen.

Gerichtet. Ja Rautais wurde mittwoch in der Stadt der Bezirkchef Begamow tödlich verwundet; der Täter entlaufen.

Eine Gärung auf der Schwarze-Meerflotte! Wie das Blatt Slowo aus Sankt-Petersburg meldet, wurden die Offiziere, die sich für öffentliche Verhandlung in dem Prozeß des Leutnants Schmidt und für die Erfüllung eintiger Forderungen der Matrosen verantworten hatten, noch beim ersten Osten versezt. Unter den auf dem Dampfer „Saratow“ und einigen anderen Schiffen befindlichen Angeklagten sei eine Erregung wahrnehmbar. Auf dem Panzerschiff „Katharina II.“ seien mehrere Offiziere verhaftet worden.

Preußische Justiz. Man schreibt bei „Russ. Rass.“ aus Kowno: Aus unserer Stadt wurde auf Anordnung des Festungscommandanten der Rechtsanwalt O. A. Finkenstein ausgewiesen. Die Verklausung dazu gab folgender Fall: Am 25. Dezember begann in Kowno der Generalstreich. Sofort wurden Kosaken und Infanterie requirierte und verschiedene Häuser, unter ihnen auch das Haus des Generalgouverneurs durch Karonen geschüttet. Die Patrouillen, die die Straßen durchstreiften, nahmen Verhaftungen vor und alle nur irgendwie verdächtigen Personen waren Misshandlungen ausgesetzt. Als die Strafzüge einen Stein in einer unter militärischer Bewachung fahrenden Straßenbahnwagen schleuderten, begann sofort eine Schießerei, wobei mehrere völlig unschuldige Leute schwere Wunden erhielten. Ein Augenzeuge einer solchen Mißhandlungsszene war zwölfjährigerweise der Rechtsanwalt O. A. Finkenstein. Empört von alle dem, was er gesehen, begab er sich sofort zum Kommandanten, um ihm davon Mitteilung zu machen. Der Kommandant, in dessen Händen die Oberverwaltung der Stadt lag, verzweigte ihm eine Audienz und empfahl ihm, seine Beobachtungen schriftlich darzulegen. Herr Finkenstein tat dies. Nachher brachte Herr Finkenstein in der hiesigen Zeitung seinen Brief an den Kommandanten ab, und bat andere Augenzeugen ihre Namen mitzuteilen. Die Antwort

auf diesen Brief war die Erörterung, sonst der Name der Stadt, wo er geboren und aufgewachsen und während Jahren tätig war, in Verlauf von 7 Tagen verlossen wurde. Ohne jegliche Untersuchung, ohne Rückfrage und Unterlassung aller Formalitäten wurde ein ehemaliger Mann und populärer Rechtsanwalt, den man u. a. als einen Kandidaten zur Reichsduma aufstellen wollte, seiner Heimat entlassen und verbannt — So sieht die „unerschütterliche“ Freiheit und die Unantastbarkeit der Person aus.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung in Galizien. Wieder die härteste Goliath eine so vorgehende politische Bewegung gesehen haben wie jetzt? In Linzberg fand diese Tage am Franz Joseph Berg ein gewaltiges zuthenisches Wahlrechtsempfang statt, an dem mehr als 30 000 Personen teilnahmen. Von Sonnabend bis Sonntag brachten die Delegierten, die aus allen Teilen des Landes zusammengestellt waren, nach Linzberg und zurück. Die Bauern, vielfach in ihrer Nationaltracht, waren schon im Laufe der Nacht eingetroffen. In der Versammlung hatten die einzelnen Gruppen ihren bestimmten Standpunkt; unter den zahlreichen Standarten und Emblemen sah man auch rote Fahnen flattern. Die rührhaften Bauern erklärten in der sehr lebhaften Debatte, den Reden der Demokraten und Sozialisten folgte, die politische Schlacht als den Testab; die Resolution für das allgemeine gleiche Wahlrecht wurde unter großer Begeisterung angenommen. Im ganzen haben bisher 700 zuthenische Versammlungen stattgefunden; außerdem sind an 300 Versammlungen verboten worden. — Einer so riesenhafte Oesterreichische Bewegung gegenüber gibt es kein Zurück mehr; die Oesterreichische Regierung wird ihr Versprechen unbedingt einzulösen haben.

England.

Keir Hardie über die Politik der Arbeiterpartei. Unser Genosse beginnt seinen Artikel in der „National Review“ mit der Erklärung, warum das Wahlrecht eine solche Verstärkung in Kapitalistenscenen herverufen habe. Die Erklärung lautet etwa folgendermaßen: Die Presse ist schuld daran, da sie die ganze Arbeiterbewegung boykottiert hatte. Die Haltung der Presse gegenüber den liberalen Arbeitersführern und der neuen Arbeiterpartei erinnert an die Haltung der südafrikanischen Presse während des Burknrieges: die hands-upper-Buren, d. h. diejenigen, die sich schüchtern unterworfen und gegen ihre Bilder lämpfen, wurden bis in den Himmel gelobt, während die Rebellen, die bis zum bitteren Ende für die Sache ihres Volkes gekämpft, mit einigen Verleumdungen abgetan wurden. Die Folge der Taktik der Presse war, daß die Nation von den wirklichen Vorgängen nichts wußte, und deshalb vor dem plötzlichen Erscheinen der neuen Partei in Schreden geriet. Ungeachtet ist dieser Schrecken nicht ganz ungerechtfertigt. Eine Arbeiterpartei, vor der das Kapital sich nicht fürchtet, ist des Platzes nicht wert, den sie im Parlament einnimmt, dann eine Partei, wie die unselige, die mit Sozialismus durchsetzt ist, muß die Rechte und Monopol der Bürger von Wohlfahrt und Park Lane (den reichsten Vierteln Londons) bedrohen. Hardie erzählt sodann in kurzen Zügen die Geschichte und Bedeutung der Partei, der Vorberichtigungen zu den Wahlen und der Resultate, hervorhebt auch die verschiedenen Arbeiter- und sozialistischen Elemente, die sich an den letzten Wahlen beteiligten. Von den Liberal-Labour-Men (den liberalen Arbeitersführern) sagt er: „Sie gehörten einer Welt an, die im raschen Verschwinden begriffen ist. Sie sind ebenfalls mit dem alten Radikalismus des Manchester schule und können nicht begreifen, daß ihre Lehren längst von neuen Bedingungen und neuen Gedanken überholt sind.“ — Was die Politik der Partei betrifft, so meint Hardie, daß sie eine oppositionelle sein wird. Die Liberal Labour-Men werden wahrscheinlich mit der liberalen Partei (der gegenwärtigen Regierungspartei) fusionieren, aber die Vertreter der Arbeiterpartei können gar nicht anders handeln, als auf den Oppositioen zu schauen zu führen. Die Regierungsvorlage wird auf ihren Wert untersucht werden. Bis jetzt gab es in England nur eine konservative und eine liberale Partei; eine Arbeitermehrheit kannte das politische Leben Englands nicht; nicht einmal eine große Tageszeitung haben die Arbeiter, in der sie ihre Ansichten über die sie interessierenden Fragen äußern können. Und die herrschenden klassen Englands lernen auch nicht die Lage der Arbeiter. Zugleich wird immer wachsenden Außenhandels und Nationalökonomie wird die Erfahrung der Arbeiter immer sorgenvoller. Die Arbeit ist unregelmäßiger, die Perioden der Arbeitslosigkeit sind häufiger, während die Arbeit immer aufreibender wird. Die Kapitalanhäufungen vollziehen sich mit einer Schnelligkeit, von der nur wenige Menschen einen Begriff haben; die Fortschritte der technischen Technik verringern die Nachfrage nach Arbeitern und vermehren die Ausbenteure an Gütern.“ — Hardie gibt sodann eine Reihe von näheren Erklärungen und meint: Diese Erkenntnisse seien in allen kapitalistischen Ländern zu finden — ganz gleich, ob sie sozialistisch oder schützösterisch sind. Die Partei wird die Wiederherstellung des alten Gewerkschaftsrechtes fordern, ferner Arbeitslosengesetz, Alterationsförderung. Sie wird auch gegen französische Sozialisten und mit den deutschen Sozialisten unter Beibehaltung einer gemeinsamen Partei zusammengehen mit den französischen Sozialisten und mit den deutschen Sozialisten unter Beibehaltung einer gemeinsamen Partei.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 10. Februar. Zugang von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptunewerft ausgesperrt sind!

Neben dem Bau von H. Krüger, Lindenstraße, ist seitens des Maurerverbandes die Sperrre verhängt. Zur Lohnbewegung der Schneider schreibt man uns: In einer sehr stark besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche am Mittwoch abend im Vereinshaus stattfand, erstattete die Tarifkommission Bericht über die geslogenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Es sind hiernach vom Arbeitgeberverband gerade auf die Arbeiten, welche täglich vorkommen, recht niedrige Lohnstufen gemacht; z. B. auf Westen 10—20 Pf. Hosen bis 30 Pf. Jackets 50 Pf. auf den ganzen Jackettanzug also 80 Pf. bis 1 Mt. Bei den Arbeiten, welche sel tener vorkommen, hat man jedoch bessere Lohnstufen gemacht, bei verschiedenen Positionen die von den Arbeitern geforderten Sätze anerkannt. Den Stundenlohn, welcher früher 40 Pf. betrug, haben die Meister auf 45 Pf. geste-

Es wurden von uns 45 Bi gefordert, was gewiß eine bescheidene Forderung ist, die zu bewilligen nur von dem guten Willen der Arbeitgeber abhängt; das Handwerk wird daran nicht zu Grunde gehen. Den Tarif gewerberichtlich festzulegen, wird von den Arbeitgebern abgelehnt. Gleichfalls wird von ihnen abgelehnt, den Tarif auf eine bestimmte Zeit mit festgesetzter Kündigungsschrift, wie es in Lübeck, solange ein Tarif in unserem Berufe bestanden hat, üblich war, bestehen zu lassen; man will den Tarif auf unbestimmte Zeit abschließen mit vierjährlicher Kündigung. Wenn das einen Zweck haben soll, so kann es nur der sein, daß man sich freie Hand halten will, um schließlich bei schlechter Konjunktur oder anderen Zusässigkeiten jederzeit anstelle des abgeschlossenen Tariffs einen schlechteren einzuführen. Weiter wünscht man in den Tarif eine Neuerung einzuführen, nach welcher es den Arbeitgebern erlaubt sein soll, bei billigeren wie üblichen verkauften Anzügen mit ihren Arbeitern für diese Stücke niedrigere Löhne zu vereinbaren, wie die tariflich festgelegten. Dieser Passus gibt Gelegenheit, alle anderen tariflichen Vereinbarungen über den Haufen zu werfen und öffnet der Willkür in der Bezahlung Tür und Tor. Nach sehr eingehender Diskussion, in welcher den vorwähnten Ansichten Ausdruck gegeben und ein ganz Teil Abgabekündigungen als zu niedrig bezeichnet, sowie dem Wunsch Ausdruck verliehen wurde, durch nochmaliges Nachsingen um Unterhandlungen möglichsterweise eine Einigung herbeizuführen, wurde folgende Resolution angenommen:

Nach Anhörung des Berichtes der Tarifkommission über die geslogenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband erklärt die Versammlung, daß die vom Arbeitgeberverband gemachten Zugeständnisse nicht ausreichend sind, um auf dieser Basis zum Tarifabschluß gelangen zu können. Insbesondere hält die Versammlung es für notwendig, daß bei der großen Arbeit bei den Jägern, Sommerpaleolet, Iller und einigen weiteren Stücken noch weitere Zugeständnisse gemacht werden; außerdem hält die Versammlung es für dringend notwendig, daß bei den Westen, sowie auch bei den Hosen noch Zugeständnisse gemacht werden. Bezüglich der freien Vereinbarung des Stücklohnes zwischen Arbeitgebern und dessen Arbeitern bei billig verkaufte Anzügen erhält die Versammlung, daß sie dem nicht stattgeben kann, da hier die Gefahr nahe liegt, daß dieses von Arbeitgebern missbraucht würde und dadurch zur Schädigung des Tariftarifs, wie auch des ganzen Gewerbes führen würde. Auch durch die Unfertigung in Zeitlohn ist der Arbeitgeber Gelegenheit gegeben, billig verkaufte Anzüge zu tariflichen Bedingungen an fertigen lassen zu können. Bezüglich der Abschlusshauer des Tarifs erwartet die Versammlung, daß es möglich sein wird, eine Basis zu finden, auf welcher beiden Parteien die Zustimmung zu dieser Frage möglich wäre. Aus allen diesen Gründen erachtet die Versammlung die Tarifkommission, nochmals bei dem Arbeitgeberverband um Verhandlungen nachzuforschen, um gemeinschaftlich die berechtigten Wünsche der Versammlung zu beraten. Die Versammlung erwartet, daß der Arbeitgeberverband unseren Wünschen Entgegenkommen zeigen wird und dadurch auch seinesseits zur Erhaltung des Friedens in unserem Berufe beitragen.

Nachdem alsdann noch der Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet war, folgte Schluß der imposanten Versammlung.

Achtung, blaue Bohnen! Das Infanterie-Regiment Nr. 162 wird in der Zeit vom 12. bis 17. bzw. 19. bis 24. d. Mts. täglich von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags auf der Balinger Heide ein Schießen mit scharfen Patronen abhalten. In Bezug auf das Betreten des bei diesen Schießübungen geschräbten Geländes ist den Weisungen der vom Regiment aufgestellten Sicherheitsposten unbedingt Folge zu leisten. Als gefährdet ist der von folgenden Linien eingeschlossene Raum zu betrachten: Weg Balinger-Lauen bis in Höhe des Nordrandes des Exerzierplatzes, Nordrand des Exerzierplatzes, Dänische Scheibenstände-Hofthaus Wesloe, Eisenbahn vom Hofthaus Wesloe bis zu den Scheibenständen des Regiments, Südrand des Exerzierplatzes-Balingen. Die Wege Balingen-Lauen und Balingen-Brandenbaum sind als nicht gefährdet zu betrachten.

Ausführung von Radfahrwegen in 1906. Der Ertrag der Fahrradsteuer ist für das Jahr 1906 auf 40 000 Mark geschätzt worden und soll die Baudeputation ermächtigt werden, folgende Arbeiten auszuführen: 1. die Abgrenzung des Radfahrweges an der Schwartauer Allee von der Hochstraße bis zur Landesgrenze mittels Bordsteinen dritter Klasse und gepflasterter Rinne. 2. Herstellung eines Radfahrweges in der Gronsforder Allee von der Brömmensstraße bis zur Genninerstraße. 3. die Fortsetzung des Radfahrweges über Wesloe in der Richtung nach Schützup um weitere 1250 Meter; 2) zum Ertrag eines Fußweges vor den Grundstücken Ratzberger Allee Nr. 24, 26 und 28, welcher im Jahre 1899 im Interesse des Radfahrverkehrs bereitgestellt wurde, das erforderliche Areal zu erwerben. Im Bürgerausschuß wurde von Meincke-Travemünde noch beantragt, die Fortführung des Radfahrweges in der Borderreihe zu Travemünde bis zu der etwa 80 Meter davon entfernten Kopfsteinpflasterung auszuführen. Den Senatsantrag, wie auch der Antrag Meincke beschloß der Bürgerausschuß einer kommissarischen Prüfung unterziehen zu lassen.

Kaiserauorama, Breitestraße 53 I. Mit der neu ausgestellten Serie, darstellend eine Reise im malerischen Tirol, werden dem Besucher seltsame Naturphänomene, wie solche nur Tirol aufzuweisen vermögen, geboten. Wir haben von dem interessanten Programm als besonders beachtenswert hervor: Der Drachensee mit dem Grünstein, der Seehensee mit dem Wetterstein-Massiv, der Eissee mit herrlichem Ausblick zur Zugspitze, Panorama von Seemoos, Leonhardstein bei Elbingen, Ort Wilkenbach, der Wallfahrtsort Pfingstberg im Lechtal usw. Die Serie ist reichhaltig und in der bekannten vortrefflichen Weise ausgeführt. Daher wird auch diesem Bilder-Zyklus das Interesse und der Besuch des Publikums nicht fehlen.

Richard Boule erzielte gestern Abend im Vereinshaus mit seinem Bildervortrag "Sizilien und Süd-Italien" wiederum einen vollen Erfolg. Die Bilder zeichneten sich ganz besonders durch Schärfe und Farbegebung aus. Einzelne, wie z. B. die blaue Grotte auf Capri, oder die Casarone-Szene in Neapel sind wahre Kabinettstücke der Malkunst. Auch die Bewußtbilder und die Schilderungen der pompeianischen Ausgrabungen erregten das Erstaunen der Zuhörer. Schade war es, daß der Redner stimmlich nicht gut disponiert war; von dem mündlichen Vortrag ging manches verloren.

Erennung. Der Senat hat den Schriftmann Hermann Stag Franck zum Steuerklassierer und Vollziehungsbeamten ernannt und seinen Amtsantritt auf den 15. Februar 1906 festgelegt.

Trichinenhauer. Der Schuhmacher Karl Johs. Friedrich Groß hierzulbst ist als Trichinenhauer vereidigt worden. Weiter wird zur allgemeinen Kenntnis gehaukt, daß der Schneider Friedrich Karl Hermann Stag Franck und

der Musiker Johann Hermann Ferdinand Schröder hierzulbst aus ihren Amtern als Trichinenhauer entlassen worden sind.

Das historische Sandsteinportal des ehemaligen Hauses der Krämerkompanie soll, nachdem es vom Bildhauer Paul in Gutin restauriert worden ist, am Postneubau in der Braustraße angebracht werden. Früher befand es sich bekanntlich im Schlüsselbuden.

Stadttheater. Aus dem Theaterbüro schreibt man: Sonntagnachmittag 4 Uhr wird zu kleinen Preisen das Schauspiel "Dorf und Stadt" zweimal wiederholt. Abends 7 Uhr findet eine große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen statt. Brieft "Alles an der Straße", romantische Oper in 3 Akten von Goldom. Das Orchester des Vereins der Musikfreunde führt die Musik aus. Hierauf gelangt die Lustspiel-Neuheit "Der Schwur der Freiheit", in 3 Akten von Oskar Blumenthal zur Aufführung. — Montag wird, neuerstudiert, "Ein unbekanntes Blatt", Lustspiel in drei Akten von Wolzogen, gegeben.

Handelsgericht. Am 8. Februar 1906 ist eingetragen worden: 1. bei der früheren offenen Handelsgesellschaft in Firma John. Siegmund. Mann in Lübeck: Die Liquidation ist beendet und die Firma erloschen; 2. die Firma Friedrich Lange in Lübeck. Inhaber: Kaufmann J. F. C. Lange in Lübeck. Am 9. Februar 1906 ist eingetragen worden: 1. Die Kommanditgesellschaft unter der Firma: Kommanditgesellschaft für Geschäftsapparate und techn. Bedarf, Gustav Strichhuhn, mit dem Sitz in Lübeck. Der Kaufmann G. P. W. Strichhuhn in Lübeck ist persönlich haftender Gesellschafter. Es ist ein Kommandit vorhanden. Die Gesellschaft hat am 8. Februar 1906 begonnen. 2. die offene Handelsgesellschaft unter der Firma: Lübecker Exportfabrik Gustav Strichhuhn u. Co., mit dem Sitz in Lübeck. Die Kaufleute G. P. W. Strichhuhn und G. H. G. Strichhuhn, beide in Lübeck, sind persönlich haftende Gesellschafter. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Gustav Strichhuhn ermächtigt. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1906 begonnen.

pb. Gelegentlich wurden vier hiesige Schlachtergesellen, die sich der gemeinschaftlichen Körperverletzung zum Nachteil eines Kollegen schuldig machen.

pb. Gewissheit Bleib. Eine hiesige Arbeiterin, die sich das Spaltfassenbuch einer Kollegin rechtswidrig aneignete und das darauf hinterlegte Geld für sich erhob und diese Tat durch Beschaffung eines neuen Buches, in welches sie selbst falsche Eintragungen machte, zu verbrechen suchte, wurde wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zur Anzeige gebracht.

Gutin. Zur Anzeige gebracht wurde der hiesige Bäckereimeister Lohse, weil er seinen Lehrling, der im zweiten Lehrjahr steht, erheblich mishandelt hatte. Am 6. Februar, nachdem der Junge erst bis um 2 Uhr nachmittags gearbeitet hatte, sollte er bereits um 7/8 Uhr abends wieder auftreten, um die Gewerbeschule zu besuchen. Vorher sollte er jedoch noch Geist in den Teig tun. Da hierauf die Zeit bereits zu kurz geworden war, so bat der Knabe den Gesellen, ihm diese Arbeit abzunehmen, was auch ausgesagt wurde. Der Geselle vergaß jedoch, sein Versprechen einzulösen, und als nach Schluss der Schule der Lehrling nach Hause kam, erhielt er von seinem Meister so starke Schläge, daß Blut floß und die Nachbarn das Geschehen hörten, worauf ein hiesiger Einwohner die Sache der Behörde meldete. Die Arbeitszeit des Lehrlings ist eine sehr lange; sie beträgt täglich 12, 14 und manchmal sogar 20 Stunden. Hoffentlich wird dem betreuten Meister nun mehr auferlegt, daß er seinen Lehrling menschlich behandelt und nicht über Gewalt ausbeutet.

Oldesloe. Vergifteter Kaffee. Landmann Rönniger in Braak erkrankte mit seiner ganzen Familie nach dem Kaffeesirup an Vergiftungserscheinungen. Da der Arzt gerade in Braak anwesend war, wurden sofort Gegenmittel angewandt, so daß sämtliche Erkrankten geheilt werden konnten. Das Dienstmädchen des Herrn R. wurde, nach dem Oldeslo. Landb., unter dem Verdacht verhaftet, den Kaffee vergiftet zu haben.

Gravenstein. Durch Oengase erstickt. Infolge ausströmender Oengase erstickte nachts in seinem Bett der älteste Sohn des Hofsäckters Mackeprang zu Kieding.

Eckernförde. Bergungsarbeiten. Torpedoboot S 84 ist mit Tauchern und Bergungsmaterial zur Bergung der Leichen der drei beim letzten Schneesturm verunglückten Fischer nach Eckernförde abgegangen. Das aufgefundenen Boot liegt in 37 Meter Wassertiefe. Man glaubt, daß die Leichen in nächster Nähe des Bootes liegen. Die ertrunkenen Fischer hinterlassen außer den Frauen 17 unversorgte Kinder.

r. Oldenburg. Von Landtag. Wie wir schon vorausgesagt haben, hatte der Oldenburgische Landtag am Donnerstag einen sogenannten großen Tag. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Veränderung des Einkommensteuergesetzes bis zum 1. Mai 1907 und das Gesetz für das Großherzogtum, betreffend den Votterievertrag mit Preußen wurden ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen; letzterer Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Auf Wunsch des Präsidiums wurde sodann die Beratung des 10. Punktes der Tagesordnung vorweggenommen, der den Etat für das Herzogtum auf 120 M. betraf. Abg. Böök-Gutin als Berichterstatter weist die Klagen der Fürstentümer wegen der späteren Erledigung des Etats zurück, da dies nicht an den Abgeordneten, sondern an der Regierung liege, welche recht lange Zeit gebraucht habe, zur Beantwortung der Fragen des Finanzausschusses. Es würde sich vielleicht empfehlen, in Zukunft bei Beratung des Etats einen Kommissar aus Gutin zu ziehen. Sonst wurden die Einnahmen des Staats ohne Debatte erledigt; nur bei der Jagdverpachtung wurde gewünscht, die Gebühr für Jagdtarten in Zukunft von 6 auf 15 M. zu erhöhen. Bei der Position Gehalt der Regierung kritisierte der Abg. Böök-Gutin die Behandlung, welche ihm seitens der Regierung in Gutin wegen seiner politischen Tätigkeit widerfahren ist. Recht scharf ging Redner mit der Regierung ins Gericht, pochend auf das Staatsgrundgesetz, nach welchem jeden Staatsbürger das Recht zusteht, seine Meinung zu äußern; auch Beamte und Lehrer sind davon nicht ausgenommen. Minister Kühlkast erwiderete hierauf, daß er doch Lehrer sei und daher keine politische Meinung auf die Schule von Einfluß sein könnte. Deshalb sei die Verwarnung zu Recht ergangen. Abg. Koch-Delmenhorst konnte ebenfalls die Maßnahme der Regierung nicht verleihen; nebenbei könne er sich aber nicht versagen, der Sozialdemokrat einen Seitenhieb zu versetzen, indem er ausführte, daß man ja schon mal in der Not Bündnisse mit der Sozialdemokratie schließen kann, wünschenswert sei es aber nicht, da die Sozialdemokratie doch das Bestreben hätte, ihre politischen Gegner an die Wand zu drücken. Abg. Seidler-Schwartau wandte sich ebenfalls gegen die Regierung, indem er die Nichtbestätigung der Beigeordneten Bos, Müns und Seidler in Schwartau kritisierte sowie

das Verhalten des Gemeindevorstehers und der Regierung gegen die legitime Gemeindevertretung scharf rügte. Auch über bürgerlichen Vereinen rückte er in, daß die Arbeiter die gleichen Rechte genießen sollten, wie alle übrigen Staatsbürger. Redner betonte noch, daß man die Arbeiter nicht bekämpfen könne mit Polizeiabschüssen und indem man dem Oberwachtmeister in Gutin ein Pferd zur Verfügung stelle, damit derselbe, wenn einmal Unruhen in Schwartau ausbrechen, recht schnell hinkäme. Man solle die Arbeiter als gleichberechtigte Staatsbürger behandeln. An die Ausführungen des Abg. Koch knüpfte sich eine lebhafte Sozialistendebatte, auf welche wir später noch einmal zurückkommen werden. Bei der Position 22, Chausseedauten, nahm nochmals der Abg. Seidler das Wort und erklärte die Regierung, ernstlich in Erwägung zu ziehen, ob die Regierung, wenn sie auf Grund des Begegegenes Wege an die Gemeinden abgibt, diese doch erst in einem passabaren Zustand legt, und nicht, wie es in letzter Zeit seitens der oberen Verwaltungsbehörde der Fleckengemeinde Schwartau gegenüber mit der Bahnhofstraße beliebt wurde. Bei Position 20 der Aussagen erklärte der Abg. Seidler die Regierung, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht an der Zeit wäre, einmal eine Änderung betreffend die Amtsgerichte Schwartau und Gutin herbeizuführen. Die Lokalitäten mögen vor Jahren den an sie gestellten Anforderungen genügt haben, heute aber nicht mehr. Die übrigen Positionen des Staats wurden ohne erhebliche Debatte erledigt; außerdem auch die übrigen neun Punkte ohne erhebliche Diskussion. Beim letzten Punkt: Interpellation Schulz entspann sich noch eine rechte lebhafte Diskussion mit der Regierung und den sozialdemokratischen Vertretern auf welche wir ebenfalls noch zurückkommen werden.

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 3 des 16. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wahlrechtsschlämpe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Von Kaiser Bieg. — Ein Rundgang durch die Heimarbeitersiedlung in Berlin. Von m. l. — Der Mehrwert. Von Justiz Vorhardt. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. Bericht der Vertrauensperson der Genossen von Burg bei Magdeburg. — Der rote Sonntag im Wahlkreis Essa. — Russische Provinz in Beieren. — Die Behörden im Kampf gegen die proletarischen Frauen. — Die Beteiligung der Arbeiterinnen an den Wahlen zu den Ortsräten. — etwas von Not und Kampf sächsischer Tiefarbeiter. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notzentrale: Frauenstimrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Fabrik, des Handels und Verkehrswesens. — Soziale Gesetzgebung. — Feuilleton: Mene Tete. Von Emanuel Seibel. (Gedicht.) — Der heilige Ochs oder Triumph der Witze. Von August Strindberg. — Frau. Beilage: Die Mutter. Von R. A. Netzkowski. (Gedicht.) — Unsere Gefundheit: 10. Sänglingsblätter. Von Dr. Adams-Lehwald. — Sexuelle Fragen. Von Henr. Krich. — Heimw. Von Georg Herwegh. (Gedicht.) — Der Schatz. Von Dr. B. Th. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — In der Frühe. Von Eduard Mörike. (Gedicht.) — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Beipackzettel 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15). Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Vierteljahr 1,20 M., Probehefte werden auf Verlangen kostenlos geschenkt. Ist soeben das 6. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Glossen: Eine verlorene Schlacht. — Die Gegenrechnung. — Soziale Arbeit. — Die englische Arbeiterpartei. — Ein Denkmal für Heinrich Heine. — Wöhlergesetze werden nicht gebuldet. — Kurt Eisner: Diplomat. — Eduard David: Der Toleranzantrag. — Joh. Leimperts: Die Reform des Haupthaftsweises. — Friedr. Kleist: Zu dem Entwurf des Hilfsstättengesetzes. — Oda Olberg: Aus dem dunkelsten Italien. — Lily Braun: Eine Nacht in der alten Akademie.

Briefkasten.

Mr. Schwartau. Es ist unsern Lesern herzlich schmuppe, ob die Kriegervereinler in Schwartau für ihre Gefangengänge ein ganzes Mitglied eingefangen haben oder nicht. So haben die braven Patrioten doch wenigstens einen Solisten. Wir wollen ihnen nur wünschen, daß derselbe nicht auch noch seine Stimme verliert. Zum begeisternden Hurraschrei bedarf es übrigens wohl kaum einer melodischen Stimme, sondern vor allem einer kräftigen Brühe, und die dürfte wohl bei den meisten Mitgliedern vorhanden sein. Also: mit Dank abgelehnt.

Drei Streitende. Sei gegrüßt in weiter Ferne.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 9. Februar 1906.

Butter.

I. Qualität	M. 120—128
II. Qualität	112—117
Ferner:	
fehlerhafe und ältere Bauernbutter	105—108
Salzigere und ähnliche	94—96
Schlem. und holst. Bauernbutter	101—103
Russische Butter	—
Amerikanische	—

Sternschanz-Wichmarkt.

Hamburg, 9. Februar 1906.

Der Schweinehandel verließ stot.

Gegefahren wurden 1415 Stück, davon vom Norden — Süden, vom Süden — Süden. Preis: Sengschnitte — M. 74½—75 M., leicht 75 M., schwere 74½—74 M. und Zertel 72—74 M. pro 100 Pfund.

Der heutigen Auflage unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma Theob. Konetzny bei.

deren polizeiliche Regelung durch die Verhältnisse der Gemeinden oder des Bezirks erfordert seien. Da hätten nun zweifellos der Regierungsbezirk Gumbinnen und die darin liegenden Orte ein großes Interesse daran, daß sich nicht ein großer Strom unberittelter Auswanderer in ihr ergäbe, dessen Durchzug nach Amerika nicht gesichert sei. Es läge die Gefahr vor, daß diese Elemente im Regierungsbezirk zurückbleiben oder drüben angelangt, zurückgewiesen würden und wieder kämen, ohne daß ihre Übernahme nach Aufwand erzwungen werden könnte. Das besondere Interesse des Bezirks an jenen Polizeivorschriften sei also gegeben. Es müsse nur mindestens eine gewisse Ähnlichkeit mit den unter § 6 a bis h des Gesetzes ausgeschriebenen Gegenständen polizeilicher Regelung bestehen. Auch das sei der Fall. Durch seine Auswanderereltern werde das Engagement (§ 6 a) bedroht, indem in den Gemeinden mehr Kosten erwachsen. Auch lässe § 6 c (Aufnahme und Beherbergung von Fremden) in Betracht!!! — Wie gepreßt und gezwungen ist die Entstehung dieses Urteils und seine Begründung! Man hört ordentlich die Zweifel heraus, die die Richter selbst hatten. Das Urteil ist in der Tat unholbar und bereits mit dem preußischen Polizeiverwaltungsgebot, das das Kammergericht aufführt, unvereinbar. Die Logik, die dem Kammergerichtsurteil bei der Auslegung des Gesetzes beliebt ist, würde es rechtfertigen, jeden nicht reichen Menschen, ob Ju- oder Ausländer, polizeilich jedes Recht zu unterbinden, da er ja möglicherweise eine strohfarbe Handlung begehen könnte. Zu seinem falschen Ergebnis kommt das Kammergericht nur deshalb kommt, wenn es die Polizei für die Seele des Staates hält, deren Tun richtiger Prüfung in den Fällen nicht unterworfen ist, in denen es sich gegen minder Wohlhabende richtet. Das ist bei einem Gericht begreiflich, das in Streitprozessen den Schutzmann als den Engel betrachtet, der das Gericht von der Pflicht erlöst, zu prüfen, ob eine polizeiliche Anordnung zur Entfernung von der Straße erging. Die Kammergerichtliche Entscheidung überzeugt aber auch, daß die Gumbinner Polizeiverordnung ungültig ist, weil sie gegen den russischen Handelsvertrag verstößt, der auch für arme Russen die Außenhandelsberechtigung einräumt. Freilich, ein Gericht, das eine polizeiliche Behinderung des Außenhandels für eine polizeiliche Regelung der Aufnahme und Beherbergung hält, wird in der Weise erkennen des Außenhandelsrechts den Zug des Außenhandelsrechts erbliden.

Die sächsischen Versammlungsverbote. Auf die Anfrage des Abgeordneten Goldstein wegen des Verbots der letzten Volksversammlungen, ob die Regierung eine allgemeine Verfügung erlassen habe und ob sie die Förderung von Wahlrechts- und Verfassungsfragen verhindern wolle, antwortete Staatsminister Meissch unter Rechtfertigung der polizeilichen Maßregeln, daß ein allgemeines Verbot nicht erlassen worden sei und die Entschließung über künftige Zulassung von Erörterungen solcher Fragen in öffentlichen Versammlungen von den Verhältnissen im Einzelfalle abhänge. Bei der Besprechung der Anfrage teilte die Mehrheit der Redner den Standpunkt der Regierung.

Dies Kind, kein Engel ist so rein . . . Über die Rechtfertigungsversuche des Gouverneurs von Kamerun, Jego von Buttler, wird dem "B. L." mitgeteilt, daß sich Buttler auf seiner Rückreise von Kamerun nach Deutschland in folgender Weise geäußert hat: "Die ganze Geschäftsbahndlung gegen die Altwaleute habe ohne seine Mitwirkung oder Einwirkung stattgefunden. Der Regierungsrat v. Preußen habe die Sache selbständig in die Hand genommen; er, Buttler, selbst habe weiter nichts dazu getan, als einige Alten an das Gericht auszuführen. Im übrigen sei ein Aufstand in Kamerun nicht zu befürchten, da die Bell-Leute zur Regierung hielten; die Bell-Leute seien aber stärker als die Alwa-Leute. Offiziell habe er über die Geschwerde der Alwa-Leute überhaupt nichts gewußt, baum darüber vom Kolonialamt kein Bescheid zugegangen sei. Nur aus Privatbriefen und Zeitungen habe er darüber etwas erfahren." Wie man sich erinnert, hat Kolonialdirektor Dr. Stübel im Gegenzug hierzu versichert, Buttler sei hinreichend informiert worden, und der Erbprinz v. Hohenlohe-Langenburg bat diese Versicherung auf Grund der Alten wiederholt. Trotzdem aber ist Buttler natürlich unschuldig!

Kolonialpolitik — Räuberpolitik. In Hannover hielt dieser Tage der berüchtigte Dr. Karl Peters, der seit etwa Jahresfrist wieder "rehabilitiert" und von den Berliner Machthabern in Graden aufgenommen "Hängelarl" eine Rede, die einen tiefen Blick hin läßt in das Wesen der kapitalistischen Kolonialpolitik. Niemals enthüllt der Kapitalismus seine Raubritteratur so schamlos wie dann, wenn er auf koloniale Länder losgefahren wird; das beweist die Kolonialgeschichte aller Länder; das holländische Kapital hat die niederländisch-indischen Kolonien ebenso widerträchtig ausgeraubt, wie das englische Kapital Indien, wie das belgische den Kongostaat, das französische weit vordringende Gebiete; daß die Amerikaner den früheren Besitzern der jetzt ihnen gehörenden Kolonien, den Spaniern, nichts zurückgeben, beweisen alle Berichte, die von den Philippinen zu uns gelangen und wie Deutschland sich als Kolonialmacht bemüht, darüber hingen nicht nur die Fälle Bishi, Wohla, Ackerberg und gerade auch der Fall Peters genug — das ist vor allem erst in den letzten Wochen wieder grell beleuchtet worden durch die Erörterungen über die Gründung, die einen Kolonialstaat nach dem anderen heranbeschworen haben. Herr Peters, den eine gewisse brutale Offenheit zierte, hat sich nun das Verdienst erworben, durch seine hannoversche Rede sozusagen eine Theorie der Kolonialkriegsbarbarei entwickelt, die Niedertracht in ein System gebracht zu haben. Wir wollen deshalb aus dieser Rede einige besonders markante Stellen wiedergeben. Herr Peters erklärte, Kolonien erwerbe man, indem man sie megnehe. Das sei die billigste Erwerbung. Nehmen, was man kriegen kann, müsse Leitmotiv sein. Sehr verständig sei es, wenn der Staat das fortgenommene Land in Besitz nehme, denn dann müsse er ja auch das dort "arbeitende" Kapital schützen. Gegen die Weißen in den Kolonien könne der Staat nicht liberal genug sein. Es dürfe nicht "kaufen" mit Konzessionen an kapitalistische Gesellschaften! Peters verlangte dann, daß die Kolonien der schrankenlosen Ausbeutung durch das Privatkapital überlassen werden, und es sei gar nicht patriotisch, die Kolonien nur dem deutschen Kapital zu öffnen. Nur

Geld verdienst sei patriotisch, und es ziehe niemand aus anderen Gründen in die Kolonien, der nicht ins Freienhaus gehöre! "Ich gehe doch nicht in die Kolonien, um die Schwarzen glücklich zu machen", rief Peters aus. Die Schwarzen sollen für die Weißen organisiert und zur Arbeit gezwungen werden. Vom 16. bis 22. Jahr soll jeder Schwarze seinem deutschen "Vaterlande" mit der Schaufel dienen! Gegen willige Enthüllung soll der Staat die Schwarzen an die Gesellschaften verdingen. Vor Schulen in den Kolonien hat Herr Peters einen begreiflichen Abschluß. "Wir haben keinen Grund, Schulen für die Schwarzen zu bezahlen, denn die Schule bringt die Schleimbauwolle zusammen, mit der die Schwarzen ihre Mäntel zur Explosion bringen. Die Weißen werden durch die Kolonialstaaten in die Lust gesprengt." Durch die Schulen erfahren die Schwarzen, wie die Mongolen es den Weißen gezeigt haben und sie wollen es dann mit den Fremden ebenso machen. "Die Schule ist der Herd der Revolution! Besser als die Schule ist eine starke Schutztruppe und eine kräftige Polizeigewalt." — In der Tonart ging's weiter. Man sieht: die Peterssche Kolonialtheorie stellt die uns aus der heimischen Provinz des Kapitalismus nur allzu gut bekannten Grundidee der Dreieinigkeit von infamer Ausbeutung, brutaler Unterdrückung und systematischer Verdummung dar! Kolonialpolitik ist ausgeprägte kapitalistische Politik, und die Sozialdemokratie, die im eigenen Sinne dem Kapitalismus Krieg auf Leben und Tod erklärt hat, sollte sich je für diese Kolonialpolitik gewinnen lassen? Den Gedanken aussprechen, heißt auch, ihn in der ganzen Größe seines Überwuchers begreifen!

Ein Ratschrei. Dieser Tage erhält der Parteisekretär für Ostpreußen von einem durchaus ländlichem Bauarbeiter aus Bublanken bei Neuruppinen (Kreis Uelzen) folgenden Brief: "Ich bin gezwungen, mich an die Sozialisten zu wenden und Ihnen mein schweres Leid zu klagen. Ich war am 15. Januar d. J. 50 Jahre alt. Habe neun Kinder in der Ehe gehabt. Die ältesten sind habe ich bis zur Einsiegung zu Hause gehabt, jetzt sind sie in der Fremde. Die vier schulpflichtigen Kinder habe ich noch zu Hause und ernähre sie, wie ich die anderen ernährt habe. Ich werbe auch ferner meine Pflicht tun, so lange ich lebe. Kein Mensch kann hier sagen, daß ich arbeitschön bin. Nun aber, da ich 50 Jahre alt bin und noch vier Kinder habe, will keiner an mir eine Wohnung vermieten. Denn die Ortschulzulagen von Bublanken sowie vom Nachbardorf Argenhausen zu den Vermietern und sagen, sie möchten mich nicht einnehmen; denn ich könnte ein Ortsarmer werden. Es wird soweit kommen, daß ich auf das Dorf-Beballand rausgesetzt werde und dann aussehen muß, wie meine Frau und vier Kinder leiden, bis sie zu Tode erstarrt sind. Selbstmord kann ich doch nicht begehen, um der Peine ein Ende zu machen. Ich bitte Sie sehr, doch zu jagen, daß wenn die Abgeordneten in Berlin zusammen kommen, möchten sie beschließen, daß das arme Volk, dem die Ortschulzulagen die Wohnungen verweigern, vom Militär erschossen wird, aber gleich mit der jungen Familie zusammen, damit es sich nicht vermehren kann. Ich bin bereit, nicht nur feindlichen, sondern auch deutschen Augen und Bajonetten gegenüber zu stehen. Ich bitte mir einzutragen, wie ich es bis dahin machen soll." Hochachtungsvoll u. s. . . Dieser Ratschrei beweist die Dringlichkeit der Reform des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz!

Moskau.

Reglementierte Schreckensherrschaft. Die "Russ. Rundschau" verbreitet folgende Depesche: Pittsburgh, 8. Febr. Bis jetzt entschied über die Anwendung des Kriegs- und Bürgerlichen Gesetzes in Gegenenden des Kriegszustandes der Höchstkommandierende, in Gegenenden des kleinen Kriegszustandes der Generalgouverneur, bei verstärktem Schutz des Minister des Innern und des Justizministers. Stattdessen nahm nun der Reichsrat ein Gesetz an, dessen Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht und das bestimmt, daß jeder Fall politischen Mordes, Anschlags, Bombenwerfers, Bereitung, Aufbewahrung und Verkaufs von Explosivstoffen strafgerichtlich die Todesstrafe nach sich zieht. Im Reichsrat sprachen viele Stimmen im Hinblick auf den schlechten Eindruck erfolglos dagegen.

Gerichtet. Ja Kutschais wurde mittan in der Stadt der Bezirkliche Begamow tödlich verwundet; der Täter entkam.

Eine Gärung auf der Schwarze-Meerflotte! Wie das Blatt "Slowo aus Sebastopol" meldet, wurden die Offiziere, die sich für öffentliche Verhandlung in dem Prozeß des Leutnants Schmidt und für die Erfüllung einkiger Forderungen der Matrosen verantworten hatten, nach dem ferneren Osten verschoben. Unter den auf dem Dampfer "Saratow" und einigen anderen Schiffen befindlichen Angeklagten sei eine Erregung wahrnehmbar. Aus dem Panzerschiff "Katharina II." seien mehrere Offiziere verhaftet worden.

Russische Justiz. Man schreibt der "Russ. Rundschau" aus Kowno: Aus unserer Stadt wurde auf Anordnung des Festungscommandanten der Reichskommissar O. A. Finkelstein ausgewiesen. Die Verklausung dazu gab folgender Fall: Am 25. Dezember begann in Kowno der Generalstreit. Sofort wurden Kosaken und Infanterie requirierte und verschiedene Häuser, unter ihnen auch das Haus des Generalgouverneurs durch Matrosen gesägt. Die Patrouillen, die die Straßen durchstreiften, nahmen Verhaftungen vor und alle nur irgendwie verdächtigen Personen waren Misshandlungen ausgesetzt. Als die Strafzüge einen Stein in einer unter militärischer Bewachung fahrenden Strafzughwagen schleuderten, begann sofort eine Schießerei, wobei mehrere völlig unschuldige Leute schwere Wunden erhielten. Ein Augenzeuge einer solchen Mißhandlungsszene war zufälligerweise der Rechtsanwalt O. A. Finkelstein. Empört von alle dem, was er gesehen, begab er sich sofort zum Kommandanten, um ihm davon Mitteilung zu machen. Der Kommandant, in dessen Händen die Oberverwaltung der Stadt lag, verzweigte ihm eine Audienz und empfahl ihm, seine Beobachtungen schriftlich darzulegen. Herr Finkelstein tat dies. Nachher drückte Herr Finkelstein in der hiesigen Zeitung seinen Brief an den Kommandanten ab, und hat andere Augenzeugen ihre Namen mitzuteilen. Die Antwort

auf diesen Brief war die Knorrasung, seit der Finkenstein die Stadt, wo er geboren und aufgewachsen und während Jahren tätig war, in Verlauf von 7 Tagen verlassen mußte. Ohne jegliche Unterjuchung, ohne Rückfrage und Unterlassung aller Formalitäten wurde ein ehrlicher Mann und populärer Rechtsanwalt, den man u. a. als einen Kandidaten zur Reichsduma aufstellen wollte, seiner Heimat entlassen und verbannt — So sieht die unerschütterliche Freiheit und die Unantastbarkeit der Person aus.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wahlrechtsbewegung in Galizien. Wieder noch nie diente Galizien eine so hochgehende politische Bewegung geschenkt haben wie jetzt! In Lemberg fand diese Tage am Franz Joseph Berg ein gewaltiges authentisches Wahlrechtstreffen statt, an dem mehr als 30 000 Personen teilnahmen. Von allen Teilen des Landes zusammengeströmt waren, aus allen Teilen der Landes, aus allen Teilen der Welt. Die Bauern, vielleicht in ihrer Nationaltracht, waren schon im Laufe der Nacht eingetroffen. In der Versammlung hatten die einzelnen Gruppen ihren bestimmten Standpunkt; unter den zahlreichen Standarten und Emblemen sah man auch rote Fahnen flattern. Die rührige Bauern erklärten in der sehr lebhafte Debatte, die Reden der Demokraten und Sozialisten folgten, die politische Schlacht als den Testab; die Resolution für das allgemeine gleiche Wahlrecht wurde unter großer Begeisterung angenommen. Im ganzen haben bisher 700 Versammlungen stattgefunden; außerdem sind an 300 Versammlungen verboten worden. — Einer so riesenhafte Volksbewegung gegenüber gibt es kein Zurück mehr; die österreichische Regierung wird ihr Versprechen unbedingt einzulösen haben.

England.

Rein Hardie über die Politik der Arbeiterpartei. Unser Genosse beginnt seinen Artikel in der "National Review" mit der Erklärung, warum das Wahlrechtsstatut eine solche Bestürzung in Kapitalistkreisen hervorgerufen habe. Die Erklärung lautet etwa folgendermaßen: Die Presse ist schuld daran, da sie die ganze Arbeiterbewegung boykottiert hatte. Die Haltung der Presse gegenüber den liberalen Arbeiterführern und der neuen Arbeiterpartei erinnert an die Haltung der südafrikanischen Presse während des Burenkrieges: die hands-upper-Buren, d. h. diejenigen, die sich frühzeitig unterworfen und gegen ihre Bilder lämpften, wurden bis in den Himmel gelobt, während die Rebellen, die bis zum bitteren Ende für die Sache ihres Volkes gekämpft, mit einzigen Verleumdungen abgelöst wurden. Die Folge des Kalks der Presse war, daß die Nation von den wirklichen Vorgängen nichts wußte, und deshalb vor dem plötzlichen Erscheinen der neuen Partei in Schrecken geriet. Ungeachtet ist dieser Schrecken nicht ganz ungerechtfertigt. Eine Arbeiterpartei, vor der das Kapital sich nicht fürchtet, ist des Platzes nicht wert, den sie im Parlament einnimmt, denn eine Partei, wie die unsrige, die mit Sozialismus durchsetzt ist, muß die Rechte und Monopole der Bürger von Wirtschaft und Paul Bone (den reichsten Bürgern Londons) bedrohen. Hardie erzählt sodann in kurzen Sätzen die Geschichte und Bedeutung der Partei, der Vorbereitungen zu den Wahlen und der Resultate, berichtet auch die verschleierten Arbeiter- und sozialistischen Elemente, die sich an den letzten Wahlen beteiligten. Von den Liberal-Labour-Men (den liberalen Arbeiterführern) sagt er: „Sie gehören einer Zeit an, die im raschen Geschwindigkeit begriffen ist. Sie sind ebenfalls mit dem alten Radikalismus des Manchester-Schule und können nicht begreifen, daß ihre Lehren längst von neuen Bedingungen und neuen Gedanken überholt sind.“ — Was die Politik der Partei betrifft, so meint Hardie, daß sie eine oppositionelle sein wird. Die Liberal Labour-Men werden wahrscheinlich mit der liberalen Partei (die gegenwärtigen Regierungspartei) fusionieren, aber die Vertreter der Arbeiterpartei können gar nicht anders handeln, als auf den Oppositionsbänken zu sitzen. Erste Regierungsvorlage wird auf ihren Wert untersucht werden. Bis jetzt gab es in England nur eine konservative und eine liberale Partei; eine Arbeitermehrung kannte das politische Leben Englands nicht; nicht einmal eine große Tagesszeitung haben die Arbeiter, in der sie ihre Ansichten über die sie interessierenden Fragen äußern können. Und die herrschenden Klassen Englands kennen auch nicht die Lage der Arbeiter. Trotz des immer wachsenden Außenhandels und Nationalökonomens wird die Existenz der Arbeiter immer sorgenvoller. Die Arbeit ist unregelmäßiger, die Perioden der Arbeitslosigkeit sind häufiger, während die Arbeit immer aufsehender wird. Die Kapitalanhäufungen vollziehen sich mit einer Schnelligkeit, von der nur wenige Menschen einen Begriff haben; die Fortschritte der modernen Technik verringern die Nachfrage nach Arbeitern und vermehren die Überrente an Gütern.“ Hardie gibt sodann eine Reihe von näheren Erläuterungen und meint: Diese Erklärungen seien in allen kapitalistischen Ländern zu finden — ganz gleich, ob sie freihandels oder schutzhändelsweise sind. Die Partei wird die Wiederherstellung des alten Gewerkschaftsrechtes fordern, ferner Arbeitslosenregelung, Altersempensionen. Sie wird auch gegen den Militarismus kämpfen und zusammengehen mit den französischen Sozialisten und mit den deutschen Sozialisten unter Bebel.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 10. Februar.

Zugang von Werftarbeitern nach Rostock ist fernzuhalten, da 1600 Arbeiter der Neptune-Werft ausgesperrt sind!

Neben den Van von O. Kröger, Lindenstraße, ist seitens des Maurerverbandes die Sperre verhängt.

Zur Lohnbewegung der Schneider schreibt man uns: In einer sehr stark besuchten außerordentlichen Mitgliederversammlung, welche am Mittwoch abend im Vereinshaus stattfand, erstattete die Tarifkommission Bericht über die geslogenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Es sind hiernach vom Arbeitgeberverband gerade auf die Arbeiten, welche täglich vorkommen, recht niedrige Lohnsummen gemacht; z. B. auf Westen 10—20 Pf. Holz bis 30 Pf. Jacken 50 Pf. auf den ganzen Jackettanzug also 80 Pf. bis 1 Mt. Bei den Arbeiten, welche selten vorkommen, hat man jedoch bessere Lohnsummen gemacht, bei verschiedenen Positionen die von den Arbeitern geforderten Sätze anerkannt. Den Stundenlohn, welcher früher 40 Pf. betrug, haben die Meister auf 43 Pf. gesteckt.

Es wurden von uns 45 Pf. gefordert, was gewiß eine bescheidene Forderung ist, die zu bewilligen nur von dem guten Willen der Arbeitgeber abhängt; das Handwerk wird daran nicht zu Grunde gehen. Den Tarif gewerbe-gerichtlich festzulegen, wird von den Arbeitgebern abgelehnt. Gleichfalls wird von ihnen abgelehnt, den Tarif auf eine bestimmte Zeit mit festgesetzter Kündigungsfrist, wie es in Lübeck, solange ein Tarif in unserem Berufe bestanden hat, üblich war, bestehen zu lassen; man will den Tarif auf unbestimmte Zeit abstimmen mit vierjähriger Kündigung. Wenn das einen Zweck haben soll, so kann es nur der sein, daß man sich freie Hand halten will, um schließlich bei schlechter Stimmung oder anderen Zusämmigkeiten jederzeit anstelle des abgeschlossenen Tariffs einen schlechteren einzuführen. Weiter wünscht man in den Tarif eine Neuerung einzuschmuggeln, nach welcher es den Arbeitgebern erlaubt sein soll, bei billiger wie übermäßig verkauften Anzügen mit ihren Arbeitern, wie die Tarifstelle niedrigere Löhne zu vereinbaren, wie die tariflich festgelegten. Dieser Passus gibt Gelegenheit, alle anderen tariflichen Vereinbarungen über den Haufen zu werfen und öffnet der Willkür in der Bezahlung Tür und Tor. Nach sehr eingehender Diskussion, in welcher den vorerwähnten Ansichten Ausdruck gegeben und ein ganz Teil Zugeständnisse als zu niedrig bezeichnet, sowie dem Wunsche Ausdruck verliehen wurde, durch nochmaliges Nachhören um Unterhandlungen möglichsterweise eine Einigung herbeizuführen, wurde folgende Resolution angenommen:

Nach Anhörung des Berichtes der Tarifkommission über die geslogenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband erklärt die Versammlung, daß die vom Arbeitgeberverband gemachten Zugeständnisse nicht ausreichend sind, um auf dieser Basis zum Tarifabschluß gelangen zu können. Insbesondere hält die Versammlung es für notwendig, daß bei der großen Arbeit bei den Jackts, Sommerpaletts, Ulster und einigen weiteren Stücken noch weitere Zugeständnisse gemacht werden; außerdem hält die Versammlung es für dringend notwendig, daß bei den Westen, sowie auch bei den Hosen noch Zugeständnisse gemacht werden. Bezüglich der freien Vereinbarung des Stücklohnes zwischen Arbeitgebern und dessen Arbeitern bei billig verkauften Anzügen erklärt die Versammlung, daß sie dem nicht statten können, da hier die Gefahr nahe liegt, daß dieses von Arbeitgebern missbraucht würde und dadurch zur Schädigung des Tarifwesens, wie auch des ganzen Gewerbes führen würde. Auch durch die Unserfaltung in Zeitungen ist den Arbeitgebern Gelegenheit gegeben, billig verkaufte Anzüge zu tariflichen Bedingungen anstreiten lassen zu können. Bezüglich der Abschlussdauer des Tarifs erwartet die Versammlung, daß es möglich sein wird, eine Basis zu finden, auf welcher beiden Parteien die Zustimmung zu dieser Frage möglich wäre. Aus allen diesen Gründen ersucht die Versammlung die Tarifkommission, nochmals bei dem Arbeitgeberverband um Verhandlungen nachzusuchen, um gemeinschaftlich die berechtigten Wünsche der Versammlung zu beraten. Die Versammlung erwartet, daß der Arbeitgeberverband unseren Wünschen Entgegenkommen zeigen wird und dadurch auch seines Zeiträume zur Erhaltung des Friedens in unserem Berufe beiträgt.

Nachdem abschließend noch der Bericht vom Gewerkschaftskartell erstattet war, folgte Schluß der imposanten Versammlung.

Achtung, blaue Wohnen! Das Infanterie-Regiment Nr. 182 wird in der Zeit vom 12. bis 17. bzw. 19. bis 24. d. Mts. täglich von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags auf der Balinger Heide ein Schießen mit scharfen Patronen abhalten. In Bezug auf das Betreten des bei diesen Schießübungen gefährdeten Geländes ist den Bewohnern der vom Regiment aufgestellten Sicherheitsposten unbedingt Folge zu leisten. Als gefährdet ist der von folgenden Linien eingeschlossene Raum zu betrachten: Weg Balinger-Bauen bis in Höhe des Nordrandes des Exerzierplatzes, Nordrand des Exerzierplatzes, Dänische Scheibenstände-Forthaus Westoe, Eisenbahn vom Forthaus Westoe bis zu den Scheitständen des Regiments, Südrand des Exerzierplatzes-Balingen. Die Wege Balingen-Bauen und Balingen-Brandenbaum sind als nicht gefährdet zu betrachten.

Ausführung von Radfahrwegen in 1906. Der Ertrag der Fahrradsteuer ist für das Jahr 1906 auf 40 000 Mark geschätzt worden und soll die Baudeputation ermächtigt werden, folgende Arbeiten auszuführen: 1) die Abgrenzung des Radfahrweges an der Schwartauer Allee von der Hochstraße bis zur Landesgrenze mittels Bordsteinen dritter Klasse und gepflasterter Minne, 2. Herstellung eines Radfahrweges in der Cronshöfer Allee von der Brüderstraße bis zur Genuinstraße, 3. die Fortsetzung des Radfahrweges über Westoe in der Richtung nach Schützup um weitere 1250 Meter; 2) zum Ersatz eines Fußweges vor dem Grundstück Ratzburgallee Nr. 24, 26 und 28, welcher im Jahre 1899 im Interesse des Stadtfahrverkehrs besetzt wurde, das erforderliche Areal zu erwerben. Im Bürgerausschluß wurde von Meincke-Travemünde noch beantragt, die Fortführung des Radfahrweges in der Borderreihe zu Travemünde bis zu der etwa 80 Meter davon entfernten Kopfsteinpflasterung auszuführen. Den Senatsantrag, wie auch der Antrag Meincke beschloß der Bürgerausschluß einer kommissarischen Prüfung unterzuziehen zu lassen.

Kaiserauorama, Breitstraße 53 I. Mit der neu ausgestellten Serie, darstellend eine Steife im malerischen Tirol, werden dem Besucher seltsame Naturrätheiten, wie solche nur Tirol aufzuweisen vermag, geboten. Wir haben von dem interessanten Programm als besonders beachtenswert hervor: Der Drachensee mit dem Grünstein, der Seehorn-See mit dem Wetterstein-Massiv, der Eissee mit herrlichem Ausblick zur Zugspitze, Panorama von Seemoos, Leonhardseck bei Elbingen, Ort Wikenbach, der Wallfahrtsort Pfingstberg im Lechtal usw. Die Serie ist reichhaltig und in der bekannten vortrefflichen Weise ausgeführt. Daher wird auch diesem Bilder-Glyptus das Interesse und der Besitz des Publikums nicht fehlen.

Richard Linke erzielte gestern Abend im Vereinshaus mit seinem Lichtbilder-Vortrag "Sizilien und Südtalien" wiederum einen vollen Erfolg. Die Bilder zeichneten sich ganz besonders durch Scharfe und Farbedeutung aus. Einzelne, wie z. B. die blaue Grotte auf Capri, oder die Loggioroni-Szene in Neapel sind wahre Kabinettstücke der Malkunst. Auch die Beauvibilder und die Schilderungen der pompeianischen Ausgrabungen erregten das Erstaunen der Zuhörer. Schade war es, daß der Redner stimmlich nicht gut disponiert war; von dem mündlichen Vortrag ging manches verloren.

Erennung. Der Senat hat den Schuhmann Hermann May Franke zum Steuerklassierer und Vollziehungsbeamten ernannt und seinen Amtsantritt auf den 15. Februar 1906 festgesetzt.

Lichtenschauer. Der Schuhmacher Karl Johs. Friedrich Groß hierzulst ist als Lichtenschauer vereidigt worden. Weiter wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß der Schneider Friedrich Karl Hermann Krüger und

der Musiker Johann Hermann Ferdinand Schwan hierzulst aus ihren Aemtern als Lichtenschauer entlassen worden sind.

Das historische Sandsteinportal des ehemaligen Hauses der Krämerkompanie soll, nachdem es vom Bildhauer Dahl in Cuxhaven restauriert worden ist, am Postenbau in der Braustraße angebracht werden. Früher befand es sich bekanntlich im Schüsselbuden.

Stadttheater. Aus dem Theaterbüro schreibt man: Sonntagmittag 4 Uhr wird zu kleinen Preisen das Schauspiel "Dorf und Stadt" lebhaft wiederholt. Abends 7 Uhr findet eine große Doppel-Vorstellung an einsachen Preisen statt. Zuerst "Allesandro Straßella", romantische Oper in 3 Akten von Götter. Das Orchester des Vereins der Musikfreunde führt die Musik aus. Hierauf gelangt die Lustspiel-Neuheit "Der Schwarze der Freue", in 3 Akten von Oskar Blumenthal zur Aufführung. — Montag wird, neuinstudiert, "Ein unbeschriebenes Blatt", Lustspiel in drei Akten von Wolzogen, gegeben.

Handelsregister. Am 8. Februar 1906 ist eingetragen worden: 1. bei der früheren offenen Handelsgesellschaft in Firma John. Siegmund. Mann in Lübeck: Die Liquidation ist beendet und die Firma erloschen; 2. die Firma Friedrich Lange in Lübeck. Inhaber: Kaufmann F. C. Lange in Lübeck. Am 9. Februar 1906 ist eingetragen worden: 1. Die Kommanditgesellschaft unter der Firma: Kommanditgesellschaft für Reichshafen, mit dem Sitz in Lübeck. Der Kaufmann G. B. W. Reichshafen in Lübeck ist persönlich bestehender Gesellschafter. Es ist ein Kommandit vorhanden. Die Gesellschaft hat am 8. Februar 1906 begonnen.

pb. Festgenommen wurden vier hiesige Schlachtergesellen, die sich der gemeinschaftlichen Körperverleugnung zum Nachteil eines Kollegen schuldig machen.

pb. Gestrichen. Eine hiesige Arbeiterin, die sich das Sparkassenbuch einer Kollegin rechtswidrig aneignete und das darauf hinterlegte Geld für sich erhob und diese Tat durch Beschaffung eines neuen Buches, in welches sie selbst falsche Eintragungen machte, zu verdecken suchte, wurde wegen Diebstahls und Urkundenfälschung zur Anzeige gebracht.

Cux. Zur Anzeige gebracht wurde der hiesige Bäckermeister Löbel, weil er seinen Lehrling, der im zweiten Lehrjahr steht, erheblich mishandelt hatte. Am 5. Februar, nachdem der Junge erst bis um 2 Uhr nachmittags gearbeitet hatte, sollte er bereits um 7½ Uhr abends wieder ausschließen, um die Gewerbeschule zu besuchen. Vorher sollte er jedoch noch Geist in den Leib tun. Da hierzu die Zeit bereits zu kurz geworden war, so bat der Knabe den Gesellen, ihm diese Arbeit abzunehmen, was auch ausgesagt wurde. Der Geselle vergaß jedoch, sein Versprechen eingulden, und als nach Schluss der Schule der Lehrling nach Hause kam, erhielt er von seinem Meister so derbe Schläge, daß Blut floß und die Nachbarn das Geschrei hörten, worauf ein hiesiger Einwohner die Sache der Behörde meldete. Die Arbeitszeit des Lehrlings ist eine sehr lange; sie beträgt täglich 12, 14 und manchmal sogar 20 Stunden. Hoffentlich wird dem Lehrer Meister nun mehr auferlegt, daß er seinen Lehrling menschlich behandelt und nicht über Gebühr ausbeutet.

Oldesloe. Vergifteter Kaffee. Landmann Rönniger in Braak erkrankte mit seiner ganzen Familie nach dem Kaffeeservice an Vergiftungserscheinungen. Da der Arzt gerade in Braak anwesend war, wurden sofort Gegenmittel angewandt, so daß sämtliche Erkrankten geheilt werden konnten. Das Dienstmädchen des Herrn R. wurde nach dem Oldesloer Landh. unter dem Verdacht verhaftet, den Kaffee vergiftet zu haben.

Gravenstein. Durch Ofengase erstickt. Infolge ausströmender Ofengase erstickte nachts in seinem Bett der älteste Sohn des Hofsäckters Mackeprang zu Kieding.

Eckernförde. Bergungsarbeiten. Torpedoboot S 84 ist mit Tauchern und Bergungsmaterial zur Bergung der Leichen der drei beim letzten Schneesturm verunglückten Fischer nach Eckernförde abgegangen. Das aufgefundenen Boot liegt in 37 Meter Wassertiefe. Man glaubt, daß die Leichen in nächster Nähe des Bootes liegen. Die extraktiven Fischer hinterlassen außer den Frauen 17 unverehrte Kinder.

r. Oldenburg. Vom Landtag. Wie wir schon vorausgesagt haben, hatte der Oldenburgische Landtag am Donnerstag einen sogenannten großen Tag. Die beiden ersten Punkte der Tagesordnung: Entwurf eines Gesetzes für das Herzogtum, betreffend Verlängerung des Einkommensteuergesetzes bis zum 1. Mai 1907 und das Gesetz für das Großherzogtum, betreffend den Botticievertrag mit Preußen wurden ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen; letzterer Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten. Auf Wunsch des Präsidenten wurde sodann die Beratung des 10. Punktes der Tagesordnung vorwegengenommen, der den Staat für das Fürstentum Lübeck betraf. Abg. Böhl-Eutin als Berichterstatter weist die Klagen der Försterklämer wegen der späten Ekdigung des Staats zurück, da dies nicht an den Abgeordneten, sondern an der Regierung liege, welche recht lange Zeit gebracht habe, zur Beantwortung der Fragen des Finanzausschusses. Es würde sich vielleicht empfehlen, in Zukunft bei Beratung des Staats einen Kommissar aus Eutin anzuziehen. Sonst wurden die Einnahmen des Staats ohne Debatte erledigt; nur bei der Jagdverpachtung wurde gewünscht, die Gebühr für Jagdfarten in Zukunft von 6 auf 15 M. zu erhöhen. Bei der Position Gehalt der Regierung kritiserte der Abg. Böhl-Eutin die Behandlung, welche ihm seitens der Regierung in Eutin wegen seiner politischen Tätigkeit widerfahren ist. Recht scharf ging Redner mit der Regierung ins Gericht, pochend auf das Staatsgrundgesetz, nach welchem jeden Staatsbürger das Recht aufsteht, seine Meinung zu äußern; auch Beamte und Lehrer sind davon nicht ausgenommen. Minister Justiz erwiderte hierauf, daß er doch Lehrer sei, und daher keine politische Meinung auf die Schule von Einfluß sein könnte. Deshalb sei die Verwarnung zu Recht ergangen. Abg. Koch-Delmenhorst könnte ebenfalls die Maßnahme der Regierung nicht verstehen; nebenbei konnte er sich aber nicht versagen, der Sozialdemokrat einen Seitenhieb zu versetzen, indem er ausführte, daß man ja schon mal in der Not Bündnisse mit der Sozialdemokratie schließen kann, wünschenswert sei es aber nicht, da die Sozialdemokratie doch das Bestreben hätte, ihre politischen Gegner an die Wand zu drücken. Abg. Böhl-Eutin wandte sich ebenfalls gegen die Regierung, indem er die Nichtbestätigung der Beigeordneten Bos, Münz und Bödler in Schwartau kritisierte sowie

das Verhalten des Gemeindevorsteher und der Regierung gegen die lokale Gemeindevertretung scharf rügte. Nach der ungelegte Behandlung der Arbeitervereine gegenüber bürgerlichen Vereinen rückte er in's Bild, die gleiche Rechte geniesen sollen, wie alle übrigen Städter. Redner betonte noch, daß man die Arbeit nicht bekämpfen könne mit Polizeikäbeln und indem man dem Überwachungsmeister in Cuxhaven ein Pferd zur Verfügung ausdrücken, recht schnell hinlässe. Man solle die Arbeit als gleichberechtigte Städter betreiben. An die Ausführungen des Abg. Koch knüpfte sich eine lebhafte Diskussion an, auf welche wir später noch einmal zurückkommen werden. Bei der Position 22, Chausseebauten, nochmals der Abg. Böhl-Eutin das Wort und erfuhr die Regierung, ernstlich in Erwägung zu ziehen, ob es nicht an der Zeit wäre, einmal eine Änderung betreffend die Amtsgerichte Schwartau und Cuxhaven herbeizuführen. Die Lokalitäten mögen vor Jahren den an sie gestellten Anforderungen genügt haben, heute aber nicht mehr. Die übrigen Positionen des Staats wurden ohne erhebliche Bedeutung erledigt; außerdem auch die übrigen neuen Wahlen ohne erhebliche Diskussion. Beim letzten Punkt: Interpellation Schulz entpann sich noch eine recht lebhafte Diskussion mit der Regierung und den sozialdemokratischen Vertretern auf welche wir ebenfalls noch zurückkommen werden,

Literarisches.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 3 des 16. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Wahlrechtsklämpe in verschiedenen deutschen Bundesstaaten. Von Eusebius Bieck. — Ein Mandat durch die Heimarbeiterschule in Berlin. Von m. l. — Der Mehrwert. Von Julian Borchardt. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. Bericht der Bertrauensperson der Genossen von Burg bei Magdeburg. — Der rote Sonntag im Wahlkreis Essen. — Russische Provinz in Preußen. — Die Wehrden im Kampf gegen die proletarischen Frauen. — Die Betreuung der Arbeiterinnen an den Wettbewerbswahlen zu den Ortsfrankfurts. — etwas von Not und Kampf sächsischer Textilarbeiter. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Rothentz: Frauenwahlrecht. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Soziale Gesetzgebung. — Jeuilletton: Mene Tetel. Von Emanuel Geibel. (Gedicht.) — Der heilige Osche oder Triumph der Blige. Von August Strubberg. — Frauen. — Veitlage: Die Mutter. Von A. Nekrasow. (Gedicht.) — Unsere Gesundheit: 10. Sänglingspflege. Von Dr. Adams-Leymann. — Seguelle Fragen. Von Heinrich Fürl. — Helmuth. Von Georg Herwegh. (Gedicht.) — Der Schatz. Von Dr. B. Eg. — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau. — In der Frühe. Von Eduard Mörike. (Gedicht.) — Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage. Einmal Preis der einzelnen Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Beipackzettel 55 Pf.; unterkruzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,60 M.

Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenschrift, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun (Verlag: Berlin W. 15. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Monat 40 Pf., pro Quartal 1,20 M.), Probehefte werden auf Verlangen kostenlos gegeben. Ist soeben das 6. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Grossen: Eine verlorene Schlacht. — Die Gegenrechnung. — Soziale Arbeit. — Die englische Arbeiterpartei. — Ein Denkmal für Heinrich Heine. — Böbelgesetze werden nicht geduldet. — Kurt Eisner: Diplomaten. — Eduard David: Der Toleranzzettel. — Joh. Leimpeters: Die Reform des Kapitalistischen. — Friedr. Klees: Zu dem Entwurf des Hilfsstaatengesetzes. — Oda Olberg: Aus dem dunkelsten Italien. — Lily Braun: Eine Nacht in der alten Akademie.

Briefkasten.

N. Schwartau. Es ist unsern Lesern herzlich schnuppe, ob die Kriegervereinler in Schwartau für ihre Gelangzeige ein ganzes Mitglied eingefangen haben oder nicht. So haben die braven Patrioten doch wenigstens einen Soldaten. Wir wollen ihnen nur wünschen, daß derfelbe nicht auch noch seine Stimme verliert. Zum begeisternden Hurrausche bedarf es übrigens wohl kaum einen melodischen Stimme, sondern vor allem einer kräftigen Lunge, und die darf wohl bei den meisten Mitgliedern vorhanden sein. Also: mit Dank abgelehnt.

Drei Streitende. Sei gegrüßt in weiter Ferne.

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 9. Februar 1906.
Butter.

I. Qualität	M. 120—128
II. Qualität	112—117
Gehörbaute und ältere Bauernbutter	105—108
Galizische und ähnliche	94—96
Schlesw. und holst. Bauernbutter	101—103
Russische und ähnliche	—
Amerikanische	—

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 9. Februar 1906.

Der Schweinehandel verlief flott. Gegeführt wurden 1415 Stück, davon vom Norden — Süden, vom Süden — Südl. Preis: Sengscheine — M. 74.—75. M. leicht 75. M. — Gute 74.—75. M. — Bauen 68.—73. M. und Fertel 72.—74. M. pro 100 Pfund.

Der heutigen Aussage unseres Blattes liegt ein Prospekt der Firma Ebd. von ebd. vor.

3 Ausnahme - Tage im Inventur - Ausverkauf.

Um die noch vorhandenen Bestände in
**Herren-Paletots, Herren-Anzügen, Burschen-Paletots,
 Burschen-Anzügen, Knaben-Anzügen etc.**

total zu räumen, gewähre ich auf die schon weit ermäßigten Ausverkaufspreise

Sonnabend
nur Sonntag
Montag

10% Extra-Rabatt.

Herren-Buckskin-Hosen jetzt 1⁷³ Mk.
 Knaben-Loden-Joppen jetzt 2⁵⁰ Mk.

Ein Posten Herren-Parchend-Hemden jetzt 80 Pfg.

Knaben-Anzüge jetzt 1⁶⁵ Mk.
 Knaben-Leibchen-Hosen Grösse 1-3 jetzt 45 Pfg.

Ein Posten Konfirmanden-Hüte
 Herren- und Knaben-Mützen jetzt 25 Pfg.

Auf die noch vorhandenen Einzelpaare und besonders ausgelegten Restbestände in

Herren-, Damen- und Kinder-Stiefeln und Schuh

um total damit zu räumen, trotz der weit herabgesetzten Preise

Sonnabend
nur Sonntag
Montag

10% Extra-Rabatt.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die reichen
 kränzenden bei der Beerdigung meines lieben
 Mannes und myeren guten Vaters sagen allen
 herzlichen Dank.

Familie Badsteen.

Danksagung.
 Für die vielen Geschenke und Gratulationen
 zu unserer silbernen Hochzeit danken herzlich.
 Kremstamp. Carl Pruss und Frau.

Zum 1. April 1 abgeschlossene Wohnung
 2 Zimmer, 2 Kammern und Stall, Miete 150 M.
 Elbgasse 2.

Zu verm. 1 Damen-Maskenanzug
 (Märchen) Mühlenstraße 64.
 Elegante Herren-Maskenanzüge billig
 zu vermieten Adlerstraße 25

Zu Ostern:

Lazepier-Lehrling.
 W. Stark, Möbelgeschäft.

Gewandter zuverlässiger

Hausknecht

nicht unter 18 Jahr, sicher im Radfahren.
 Zu melden Sonntag zwischen 9-11 Uhr.

Thüringer Wurstfabrik
Aug. Scheere

Lübeck.

Billig zu verkaufen

Herr.-Winter- u. Sommer-Paletot
 Johannisstraße 12, 1. Etage.

Gebt mich hier, Johannisstraße 14, 1.
 Tel. 1846, als

Zahnarzt

niedergelassen.

Hugo Rothschild, prakt. Zahnarzt.
 Sprechst.: Vorm. 9-1, nachm. 3-6. Sonnt. 9-12.

Billig! Billig!
 Sachsen, Eisenwaren,
 Schaltäfel 10 und 15 Pfg
 7. Querstraße 6, zwischen Mengstraße
 und Bedergrube.

Kleiderkaufl. Jüml. Spirituosen
 für bekannte tadellose Güte.
Hermann Blunk

Cronendorf Allee 51, Ecke d. Käthchenstraße.

Sonst Abbruchläger
 billig zu verkaufen: Türen, Windfäns, Fensterläden, Fenster, eisene und höhere Balken, Bretter, Buchholz, Träger, Röste, Dachzinnen. Breimholz: Tannen Mtr. 450 M., Salz 60 Pfg. Eichen Mtr. 650 M. ab Lübeck p. l. H. Hartog, Kanalstraße, Ecke d. Glockengießerstr.

Theater- und Massen-
garderoben

aus neuem komplettiert, empfiehlt zur bevor-

stehenden Saison

H. Vitense (Joh. L. Mees)

Johannisstraße 47, Lübeck

Schuhmacherstraße 27, Lübeck

Haushaltswaren für jedes

Haushalt für jedes

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 35.

Sonntag, den 11 Februar 1906.

13. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 9. Februar 1906.

39. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Posadowsky.

Der Entwurf betr. einige kleine Änderungen an der freiwilligen Gerichtsbarkeit wird in erster und zweiter Lesung debattiert angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Gesetzes des Reichstags am Innern.

Giesberts (3.): Der Reichstag sollte dafür sorgen,

dass die Regelung der Frage des Maximarbeitsstages ein wenig mehr berücksichtigt würde. Wirkliches Material für den sozialdemokratischen Einfluss auf die Krankenkassen hat eigentlich niemand herbeigeholt. (Hört! Hört bei den Soz.) Die Herabsetzung der Arbeiterbelastung von 1/2 auf 1/3 wurde vielleicht eine Verschlimmerung statt der Verbesserung herbeiführen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man soll den Einfluss der Arbeiter nicht schwächen, sondern verstärken. Man muss die Arbeiter teilnehmen lassen an der geistigen Kultur. Der Feiertag ist schon heute durchführbar. Auch ich halte eine Untersuchung über die Arbeitszeit in Walz- und Hüttenwerken für durchaus geboten. Die Frauenarbeit in diesen Werken kann und muss beseitigt werden. — Redner verlangt ferner Reichshilfestellung für Heimarbeiterausstellungen, deren Wiederholung in anderen Städten er wünscht, und paritätische Arbeitskammern. Wir fördern durchaus die reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterwesens. (Widerpruch b. d. Soz.) Wenn die großen Herren nicht freiwillig wollen, so muss die Gesetzgebung ihnen die sozialpolitische Macht vorschreiben. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Gerichtsgerichte in Streitsachen zeugen von einer vollkommenen Verkenntnis der Arbeiterbewegung und der Arbeiter. Die Arbeiter sind nicht gewohnt jedes Wort auf die Goldwage zu legen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Gewisse Herrenmenschen sträuben sich gegen die christlichen Gewerkschaften und bezeichnen ihre Forderungen als sozialdemokratisch. Das ist aber falsch. Die christlichen Gewerkschaften stehen auf monarchischem Boden. Zwischen den christlichen Gewerkschaften kommt wohl einmal ein konfessioneller Haß vor, aber kein Terrorismus. (Burke bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Ballerstrem bittet Zweigespräche bis nach Schluss der Sitzung hinauszuschieben. (Heiterkeit.)

Giesberts (fortfahren): Die Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft ist noch viel enger als zugegeben wird. Wer nicht Sozialdemokrat ist, wird aus der Gewerkschaft ausgestoßen. So ist es Tischendorfer gegangen und Herzöger wird nächstens auch daran glauben müssen. Die Neutralität ist eine Farce. — Es ist leider wahr, dass ein Zentumsabgeordneter im Landtag sich für Befestigung der 20 Proz. Unfallsrenten ausgesprochen hat. Der Mann gehört nicht dem Reichstagszentrum an. (Schall. Heiterkeit.) Wir im Reichstag sind für eine solche Verschlechterung nicht zu haben. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Die Herabsetzung der Arbeiter ist der Nährboden der Sozialdemokratie; Sozialreform und Gerechtigkeit aber, wie wir sie vertreten, graben ihr die Wurzeln ab. (Beifall im Saal.)

Prinz Schönbach-Carolath (NL): Das überaus traurige Bild, das der Abg. Hörn von den Arbeiterverhältnissen in den Walzwerken und Hüttenlizenzen entwarf, trifft zweifellos für Schlesien jetzt nicht mehr zu. Heberall finden sich Wasch- und Badeeinrichtungen — natürlich für die Geschlechter getrennt. Die weiblichen Arbeiter werden überhaupt nicht in den Bergwerken selbst beschäftigt. Der Durchschnittslohn des männlichen Arbeiters beträgt 960—1100 Mk. jährlich. Ein Volksschullehrer auf dem Lande erhält auch nicht mehr. (Burke links: Schlimm genug.) Der Durchschnittslohn der weiblichen Arbeiter beträgt 360 Mk. doch ist die Beschäftigung nicht regelmäßig, sonst hätte eine höhere Summe heraus. — Die Dividenden sind längst nicht so hoch, wie behauptet wird. Schließlich ist es doch der Zweck einer Aktiengesellschaft, hohe Dividenden zu erzielen. Die Gesellschaften geben auch Hunderttausende für Arbeitergärten und andere Wohlfahrtseinrichtungen

aus. — Redner fordert dringend eine gesetzliche Einschränkung der Automobilgeschwindigkeit. Ich muss die Regierung bitten, in dieser Frage ihr Bußgeldtempo ein wenig zu herabzulegen. (Burke: In ein Automobiltempo ein zu verhandeln! Dr. Heiterkeit.) Schließlich ist die Straße doch nicht bloß für die Automobile da. In anderen Ländern laufen Automobile nicht schneller als Eisenbahnen fahren. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen und rechts.)

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich muss dem Vorredner in mancher Beziehung Recht geben. Der Berliner Straßenverkehr ist ein wahrer Rangierbahnhof, nur dass auf keinem Bahnhof bei so starkem Verkehr das Passieren des Publikums gestattet würde. Um gefährlichsten sind die kleinen Geschäftskomplexe, die früher getreten wurden. Ich habe die armen Menschen, die diesen mussten, immer bedauert, und dabei an die Säntenträger des alten Staats gedacht. Ich freue mich, dass diese Einrichtung durch mechanische Vorlehrungen erleichtert worden ist. Aber die Gefahr für das Publikum ist leider nicht verminder worden. In Vergleich mit anderen Großstädten sind die Berliner Automobilisten viel risikolos. Ein höherer Misstand ist auch das Schnellfahren mancher Geschäftskomplexe ohne Paternoster. In England, wo ich selbst Automobil gefahren bin, besteht eine Zeitgrenze, die nicht überschritten werden darf. Die Fahrgeschwindigkeit beträgt dort etwa 45 Km. pro Stunde. Die deutschen Polizeiverordnungen verbieten zwar, dass die Automobile die Schnelligkeit eines trabenden Pferdes übertreten; aber leider fehlt es noch an Kontrolluhren, auf Grund deren die Polizisten die Schnelligkeit der Automobile objektiv feststellen können. Die Straße gehört in der Tat allen Steuerzahler (Sehr gut! links und rechts) und nicht bloß denen, die in rasender Geschwindigkeit ihre Zeit verbrauchen, die sie wahrscheinlich viel zu hoch einschätzen. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) In den nächsten vierzehn Tagen wird der Bundesrat sich endgültig über eine Vereinheitlichung der Polizeiverordnungen über das Automobilfahren schlüssig machen. (Bravo!) Um meisten Unheils für die Sonntagsautomobile. (Heiterkeit.) Von den Gedanken einer Zwangsgenossenschaft zwecks solidarischen Auskommens für die Unfälle bin ich aus mehrfachen Gründen zunächst abgelenkt. Das beste Mittel bleibt immer noch die starke zivilrechtliche Haftbarkeit des einzelnen Automobilbesitzers. (Sehr richtig!) — Ein Vogelschutzgesetz gemäß der internationalen Konvention von 1902 wird vielleicht noch in dieser Session dem Hause zu gehen.

Rogalla von Bieberstein (R.): Ich polemisierte gegen den Abg. v. Gerlach. In der Heimarbeit, nicht aber in der Landwirtschaft werden hohe Löhne gezahlt. Die Löhne in der Landwirtschaft sind so hoch, dass die kleinen Grundbesitzer unter ihrer Last zusammenbrechen. Die Sozialdemokraten wollen aber gerade den Bauerstand vernichten. Wir wissen, wohin die Reise geht, aber wir machen sie nicht mit! (Bravo! rechts, gr. Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Möller (3.) verlangt reichsgesetzliche Regelung des Ausverkaufsweises und der Sonntagsruhe in der Binnenschiffahrt. (Beifall im Saal.)

Kräbber (SD): Ich freue mich, dass die Krankenversicherung der Heimarbeiter in Aussicht genommen ist. Ich hoffe, dass sie auch eine breitere und starke Basis gesetzt werden wird, damit die Beiträge nicht zu hoch werden. Ebenso muss die Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter ausgedehnt werden. Bisher ist das nur bei der Tabak- und Textilbranche der Fall. Die Vermehrung der Zahl der technischen Aufsichtsbeamten ist noch lange nicht ausreichend. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Beseitigung der Renten bis zu 20 Proz. wäre eine große Ungerechtigkeit gegen die Besitzer, und die Berufsgenossenschaften würden dann sehr darauf dringen, doch möglichst viele Renten unter 20 Proz. festgesetzt werden. Die Rechtsprechung entschließt sich immer seltener, Renten für volle Erwerbsunfähigkeit zu gewähren. Sie betragen nur noch 1,66 Proz. Ein bedeutender Obergutachter, Dr. Windscheid in Leipzig hat ausgesprochen, dass der Arzt immer möglichst im Interesse der Berufsgenossenschaft Gutachten würde. Ein stieliger Professor hat behauptet, ein Arbeiter würde allein durch das Bewußtsein, versichert zu sein, so nervös, dass er bald erwerbsunfähig würde. Solche Gutachten

sollten nicht vorkommen; ebenso keine Abweisungen oder Arbeitern aus formalen Begründungen. Kollege Bäsig hat von der Annahme der Vermaltungskosten bei den Kassen gesprochen. Wir bedauern das sehr, müssen aber darauf hinweisen, dass diese Mehrkosten vielfach eine natürliche Folge der Einführung der Familienversicherung sind. Herr Dr. Mugdan hat Vorschläge zur Beseitigung der Selbstverwaltung der Krankenkassen gemacht. Auch Herr Bassemann hat sich für eine solche Lawe Mugdan ausgesprochen. Dabei wird das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmern in den Krankenkassen immer besser. Ich bestreite durchaus die Behauptung des Herrn Bassemann, dass die in den Krankenkassen befindlichen Arbeitgeber minderwertige Elemente seien. Eine Harmonie in den politischen Anschauungen zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern in den Krankenkassen wird sich natürlich nie erzielen lassen, aber wir schreien diese Fragen einfach aus und nehmen mit Erfolg das Interesse der Versicherten wahr. Der sächsische Bevollmächtigte wird anerkennen müssen, dass in Sachsen die Regierung nie über die Krankenkassen zu klagen gehabt hat. (Sächsischer Bevollmächtigter Dr. Fischer nicht abstimmen.) Wir möchten auch die Mitarbeit der Arbeitgeber wegen ihrer Erfahrung in geschäftlichen Dingen nicht vermissen. Zu der „Selbstverwaltung“ der Kassen, die Herr Mugdan wünscht, wird er nicht einmal die Zustimmung der Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaften bekommen. Die Partei als solche hat mit der Beseitigung der Krankenkassen nichts zu tun. Darum kümmern sich nur die Gewerkschaften im Interesse der Arbeiter, wie ich das in den „Sozialistischen Monatsheften“ ausgeführt habe. Wenn ein Nationalliberaler an der Spitze eines Turnvereins steht, so ist das nicht politisch, wenn aber ein Sozialdemokrat an der Spitze einer Krankenkasse steht, so ist das politisch. (Sehr gut! b. d. Soz.) Ohne die Selbstverwaltung der Kassen wäre die Rente ein Almosen und für ein Almosen bedanken sich die Arbeiter. Nur der Parteifanatismus eines Dr. Mugdan kann behaupten wollen, dass die Krankenkassenvorstände nichts geschaffen haben. Ich will nur auf die Wiederholungsstätten und auf die Führung der Familienunterstützung hindeuten. Schon Graf Posadowsky hat den falschen Standpunkt zurückgewiesen, dass man Sozialpolitik treibt, um Dankbarkeit zu erzielen. In der Politik spielt Dankbarkeit keine Rolle. (Sehr richtig!) — Für die Einführung der Selbstverwaltung der Krankenkassen werden die Arbeiter, auch die Katholiken, nicht zu haben sein. Mit seinen ganzen Reden erweist sich als ein, wenn auch nur kleiner Teil der Kraft, die stets das Gute will und stets das Gute schafft. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Freiherr von Hennheim (NL): Die Hoffnung des Grafen Posadowsky, dass sich die Sozialdemokratie zu einer reinen Arbeiterpartei nach australischem Muster entwickeln werde, teile ich nicht. Ich fürchte, dass erst eine Katastrophe hereinbrechen muss, um die Arbeiter von der Ungangbarkeit des revolutionären Weges zu überzeugen. — Auf dem Wege des Heimarbeiterschutzes ist unsere Fraktion mit Initiativvorlagen vorangegangen. Leider ist für die 130 000 Heimarbeiter wenig getan. Die schrankenlose Gewerbefreiheit hat hier verderblich gewirkt. Durchschnittlich verdient ein Heimarbeiter an einem Tage so viel, wie ein Fabrikarbeiter in einer Stunde. (Hört, hört! b. d. Soz.) — Redner verlangt weiter die reichsgesetzliche Regelung des Ausverkaufsweises. (Beifall d. d. Nationalisten.)

v. Oldenburg-Janischau (R.): Es gibt zweierlei Abgeordnete: Für den einen ist es das höchste Glück, Parlamentarier zu sein, für den andern ist es ein enormes Opfer. (Burke b. d. Soz.: Bleiben Sie doch zu Hause! Große Heiterkeit.) Das Gros der Abgeordneten kann seine Zeit nicht so ausschlagen. (Unruhe und Zwischenrufe links.) Der Reichstag verrennt sich immer mehr in graue Theorie.

Shill.

Sozialpolitischer Roman von D. I. Tschätzli.
Übersetzt von Natalie Liebknecht.

9. Fortsetzung.

Er war etwa sechzehn Jahre alt, von schlankem Busch, mit einem hübschen, blassen, unverschämten Gesicht. Seine langen weißen Lumpen ließen ihn größer erscheinen; er trug keine Weste, sondern ein rotes seidenes Tuch, das nachlässig um den Hals geschlagen, und mit einer Brosennadel von zweifachstem Stoff, aber jedenfalls sehr in die Augen fallendem Blauzeichen befestigt war. Ein faltiger Rock aus grobem, hellem Tuch, über die Brust zugeklopft, und ein hoher, dunkelbrauner Hut, der seine helle Gesichtsfarbe hervorhob und die Wirkung seiner schmalen blauen Augen erhöhte vollendete den Anzug.

„Sie brauchen kein so grimmiges Gesicht zu machen, Mutter Tschätzli,“ sagte der junge Mann mit erhobenem Kopf.

„Kümmern Sie mich nicht,“ sagte die Witwe mit aufblitzendem Auge; „geben Sie zu Ihrer eigenen Mutter, die in einem elenden Keller stirbt, während Sie im zweiten Stockwerk ein hübsches Logis haben.“

„Die sterben! Sie ist bloß betrunken,“ sagte der junge Mann.

„Und wenn sie auch nur betrunken ist,“ erwiderte Frau Tschätzli, „was hat sie zum Trinken gebracht? Nur übermäßig Arbeit — Arbeit von morgens früh fünf Uhr bis sieben Uhr abends, und das für einen Langenbach wie Sie!“

„Unsinn! Ich möchte wissen, was meine Mutter je für mich getan hat, außer dass sie mir Shrap und Opium gab, als ich ein Bube war, um mich still zu machen und mir den Magen zu füllen, wodurch sie, wie mein Schatz sagt, mich im Nachtmund hinderte und den schönsten Burschen von ganz

Mombrau verpfuschte.“ Und bei diesen Worten warf sich der junge Mann in die Faust und stieß die Hände in seine Nocktaschen.

„Aber, aber, hat man je solche Unverschämtheit erlebt?“ sagte Frau Tschätzli.

„Auch nicht, als Sie den Esel schlachteten und sein Fleisch als Kalbsfleisch verkauften, Mutter?“

„Halten Sie den Mund, Sie Monsieur Universchämt,“ sagte die Witwe. „Federmann weiß, dass Sie kein Christ sind, und kein Mensch glaubt Ihnen etwas.“

„Federmann weiß, dass ich alles bezahle, was ich kaufe,“ sagte der hässliche Bursche, „und ich halte keine jämmerliche Wunde, um Fleisch vom Schindanger zu verkaufen, sondern wohne hübsch im zweiten Stock und habe Frau und Kind, oder doch so ähnlich dasselbe.“

„Oh, verwunscher Kobold!“ rief die Witwe in Verzweiflung aus, unsäglich sich an diesem Burschen zu rächen, das sich in einer sicherer Stellung befand und so gewandt war wie seine Bunge.

„Man, Frau Tschätzli, was hat Stutzer Mid Ihnen zu Leib getan?“ fragte eine freundliche Stimme. Es war eine von zwei Fabrikmädchen, die das sagte. Sie waren nett angezogen, hatten jede ein helles Tuch umgebunden, das Haar langes gemacht und trugen Koralleketten und goldene Ohrringe.

„Ach, Du bist's, mein Kind,“ sagte die gutmütige Witwe; „der Stutzer ist wieder einmal unverschämmt gewesen.“

„Aber ich hab's ja nicht böse gemeint,“ warf Mid ein, „es war ein Spaß, — nur ein Spaß.“

„Nun, lassen wir's gut sein. — Und wo warst Du die ganze Zeit, mein Kind? Und wer ist Deine Freundin?“ fragte sie mit leiserer Stimme hinzu.

„Ich habe Trossoffs Fabrik verlassen,“ sagte das Mädchen.

„Das ist schlimm,“ sagte die Witwe, „denn diese Tros-

ffos sind brav gegen ihre Leute. Es ist ein großes Glück für ein junges Mädchen, bei ihnen zu sein.“

„Das ist wahr,“ erwiderte das Mädchen, „aber es ist so langweilig dort. Ich kann dieses einsame Leben nicht ertragen. Ich muss Gesellschaft haben.“

„Ja, ich habe selbst etwas Klatsch gern,“ meinte die Witwe mit großer Aufrichtigkeit.

„Und dann bin ich eine Freundin vom Studieren,“ sagte das Mädchen, „das Lernen macht mir keinen Spaß; und die Trossoffs haben so viele Schulen.“

„Lernen ist besser als Haus und Hof,“ antwortete Frau Tschätzli, „ich habe freilich selbst nicht viel gelernt, aber in meiner Zeit war das anders. Allein junge Mädchen —“

„Ja,“ sagte Mid, „ich glaube, ich könnte nicht leben, wenn ich unser Institut nicht hätte.“

„Und was ist das?“ fragte Frau Tschätzli spöttisch.

„Das literarisch-wissenschaftliche Institut vom Shopp-Hof; wir haben fünfzig Mitglieder und halten drei Sonderblätter, einen „Northern Star“ („Nordstern“), Organ der Chartisten, und zwei „Moral Worlds“ („Moralische Welt“, Organ Robert Owen's).“

„Und wo bist Du jetzt, mein Kind?“ fragte die Witwe weiter.

„Ich bin bei Wiggins und Webster,“ sagte das Mädchen; „und dies ist meine Gewissheit. Wir halten zusammen Haus. Wir haben ein sehr hübsches Stübchen im Arboret-Hof, Nr. 7, im obersten Stock; es ist sehr lustig. Wenn Sie morgen eine Tasse Tee mit uns trinken wollen, wie haben ein paar Freunde eingeladen.“

„Ich nehme es gern an,“ sagte die Witwe. „Also Ihr habt Haus zusammen. So ist's jetzt. Alle Kinder halten jetzt Haus für sich. Wie die Seiten sich geändert haben!“

„Und wir werden auch Sie sehr gern bei uns sehen, Mid, und Tasia, wenn Sie nicht was anderes vorhaben!“ fuhr das Mädchen fort, und sie blickte ihre Freundin an,

Aus den Neben kommt überhaupt nichts heraus. (Große Heiterkeit.) Der Abg. v. Gerlach kennt die Verhältnisse auf dem Lande nicht. Im vorigen Jahr ist bei mir eine alte Frau gestorben (Große Heiterkeit), die hatte 500 Taler in ihren Unterhof eingehabt. (Große Heiterkeit.) Graf Posadowitsch versteht nichts vom praktischen Leben, und Sie alle verstehen nichts vom Lande. (Sturmische Heiterkeit links.) Wenn Sie aus Land kommen, werden Sie ja weggejagt. (Hohlgelächter links.) Auf meinem Gute fühlen sich die Leute so wohl, daß sie absolut in keine Heilanstalt wollen. Es liegt am Nationalcharakter der Deutschen, daß sie nicht in ein Krankenhaus wollen. (Anhaltende fröhliche Heiterkeit links.) Der Graf Posadowitsch macht die Sozialdemokratie prahlwahnstunig. (Lautes Gelächter links.) Auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung hat den sozialdemokratischen Gründenwahnsinn noch gesiegt, indem sie die Disziplin der Sozialdemokraten am roten Sonntag anerkannte. Soll das noch anerkannt werden, daß Sie nicht Platz nehmen wollen auf den Bänken? (Erneute Heiterkeitssalven.) Die Sozialdemokraten sind nicht auf die Strafe gegangen, weil sie Feinde von öffentlichen Empfängen sind. (Minutenlanger, stürmischer, ironischer Beifall b. d. Soz.)

Staatssekretär Graf Posadowitsch: Zu meinen Ausführungen über den wachsenden Materialismus habe ich zahlreiche Zustimmungsschriften, speziell auch aus hochkonservativen Kreisen erhalten. (Hört! Hört! links.) Mit dem Reichskanzler befindet sich mich politisch und sozialpolitisch in voller Übereinstimmung. (Hört! Hört!) Wenn Differenzen eintreten würden, so würde ich sofort mein Amt niederlegen. Als Abgeordneter kann man solche Reden halten, wie der Herr v. Oldenburg. (Heiterkeit, links.) Aber er wird schwerlich einen Staatssekretär finden, der die von ihm empfohlene Politik zu betreiben bereit ist. (Heiterkeit und Zustimmung links und im Zentrum.) Den erwähnten Artikel in der "Nordd. Ullg. Blg." habe ich nicht geschrieben, da ich wirklich keine Zeit zum Artikel schreiben habe. (Zustimmende Heiterkeit links und im Zentrum.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Persönlich bemerkte: Ich habe ausdrücklich anerkannt, daß einige Binhütten besser eingerichtet sind, daß ihnen aber von den andern eine Schmutzkonkurrenz gemacht wird. Was ich von den niedrigen Löhnern sagte, bezog sich ausdrücklich auf die Walzwerke und nicht auf die Binhütten. Die verhältnismäßig niedrige Dividende, die Prinz Schönaich-Carolath herausrechnete, ergibt sich nur, wenn man ein ganzes halbes Jahrhundert zu Grunde legt; in der letzten Zeit betrug sie 19½ Proz. (Hört! Hört! b. d. Soz.) Wenn ich alle die Unrichtigkeiten des Abg. Giesbertz richtig stellen wollte, so würde mich eine Lawine dort vom Großglockner (auf den Präsidenten zeigend) überschütten. (Allgemeine Heiterkeit.)

Nächste Sitzung: Sonnabend 1 Uhr.

Tagesordnung: Interpellation über das Vorussia-Unglück, Fortsetzung der heutigen Debatte.

Faziales und Partieleben.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Der Fabrikarbeiterverband hat sich im letzten Jahre rasch nach außen entwickelt, nicht zuletzt in Süddeutschland. Am Schluß des Jahres 1904 hatte der Verband eine Mitgliederzahl von 45 778, am 31. Dezember 1905 waren 79 278 Mitglieder vorhanden. Die Summe in einem Jahr beträgt also 33 500. Zu dieser bedeutenden Summe hat die Einführung der Erwerbslosenunterstützung sehr viel beigetragen. — Der Fabrikarbeiterverband hat das 30-tausend seiner Mitgliederzahl bereits überschritten. 1901 war infolge des erfolglosen Generalstreiks die Mitgliederzahl auf 4000 zurückgegangen, am Anfang des letzten Jahres betrug die Mitgliederzahl 6302. — Ein Arbeiterssekretariat wird demnächst auch in Augsburg erscheinen. — Der Generalstreik der Berliner Druckereiführer und Besitzer ist einstimmig beschlossen worden. — Die Kaffee-Angestellten in Berlin sind in eine Bewegung zur Verbesserung ihrer Lage und speziell gegen die Stellungswertungshureanz eingetreten. — Der Bergarbeiterstreik in Triest (Steiermark) ist beendet. 38 Arbeiter blieben gemobbt. — Ein Besorgnis erregender Streik ist in Montevideo (Amerika) unter den Leuten der Druck- und Eisenbahnen ausgebrochen. Bei einem damit in Zusammenhang stehenden Turmfall sollen nach amtlichen Nachrichten gegen hundert Menschen getötet worden sein, darunter auch ein englischer Unterläufer. Die Regierung entsandte Schiffe mit Truppen nach Montevideo. Die ganze Arbeitervölkerung des Landes ist von einer bedrohlichen Parole ergriffen.

Wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern ist am 5. Februar, wie das Wolfsche Depeschenbureau in

ein hübsches bescheidenes Mädchen, welches sofort in etwas verlegenes Lachen erwiderte: "Gewiß, wir werden Sie sehr gern bei uns sehen."

"Und was wollen Sie jetzt machen, Caroline?" fragte Mietz.

"Kün, wir hatten keinen bestimmten Plan; aber ich sagte zu Harriet: da es ein so schöner Abend ist, wollen wir spazieren gehen, so lange wir können, und dann morgen bis zum Nachmittag im Bett liegen."

"Das ist ganz häßlich im Winter, wenn man genug Tabak hat; aber in dieser Jahreszeit muß ich Leben haben. Als ich aus der Fabrik kam, bade ich gleich in dem Fluss, dann ging ich nach Hause, zog mich an, und jetzt will ich in den Tempel gehen," fügte er mit selbstzufriedenem Ton hinzu. "Ich will Ihnen was sagen. Julia hat sich heute an einer Spindel gestochen; es ist nicht schlimm, aber sie kann nicht ausgeben; so bin ich allein. Ich will Sie trösten; gehen Sie mit mir in den Tempel, Sie und Ihre Freunde!"

"Si, das ist ja prächtig! Sie wissen, was gut ist und sind ein ganzer Kerl, — das sage ich immer. Ach, im Tempel gefällt mir's. Es ist so fein da. Ich sagte es Harriet gestern; sie war noch nie drin. Ich wäre gern mit ihr gegangen. Aber zwei Mädchen — Sie verstehen mich; man geht nicht gern ohne Herrenbegleitung an solche Orte."

"Sehr richtig!" summte Mietz bei. "Und nun verwaits. Gute Nacht, Witwe!"

"Also Sie kommen morgen Abend zu uns!" sagte Caroline.

"Morgen Abend! Der Tempel!" sprach Frau Carey leise zu sich selbst. "Ich glaube, die Welt ist auf den Kopf gestellt. Ein Junge, wie dieser Mietz, der noch nicht hinter

alle Welt hinaustelegraphiert, der Geschäftsführer der Steigerger Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Sieber, verhaftet worden. Die Schulds Siebers ist jedoch, wie die "Schwäb. Tag." mittelt, noch keineswegs nachgewiesen. Es handelt sich um einen Fehlbetrag von 1600 Mark, über den noch keine Ausklärung erzielt ist. Die Einzelheit ist von Sieber selbst erfolgt. Die Polizei glaubte auf Grund des Befehles zur Verhaftung Siebers schleien zu müssen.

Genosse Werner, Redakteur der "Märkischen Volksstimme" in Iserlohn, ist jetzt aus der Haft entlassen, nachdem eine Rente von 5000 Mark für ihn hinterlegt worden ist. Hierzu Tage mußte Werner in Untersuchungshaft schmachten, obwohl gleich nach seiner Verhaftung Rente in beliebiger Höhe angeboten worden war.

Wo alles steht, kann Karl allein nicht wissen. Auch Halle muß sein Aufrichtungsverfahren haben. Der Vorsitzende der Aktionärskommission, Genosse Kochanski, der das Wahlrecht abgelehnt zum 21. Januar: "An das preußische Volk!" verantwortlich gezeichnete, ist vor den Untersuchungrichter geladen, wo ihm eröffnet wurde, daß er verschiedene Bevölkerungsklassen gegen einander aufgereiht habe. Unser Genosse sieht der Sache mit mehr Heiterkeit als Sorge entgegen. Die herrschenden Gewalten in Halle scheinen sich noch mehr für unsere Agitation ins Zug legen zu wollen. Seit der Wahlrechtsbewegung hat sich der Abonnenterstand des "Volksblattes" in Halle um 500 vermehrt und der sozialdemokratische Verein hat um 174 Mitglieder zugenommen. Außerdem macht sich eine rege Bewegung für den Austritt aus der Landeskirche bemerkbar. Wir quittieren dankend.

Das furchtbare Urteil über den Genossen Löbe in Breslau hat der Partei im Verbreitungsbüro des Blattes, für das unser Genosse verurteilt wurde, einen gewaltigen Rückgang nach vorwärts gegeben. Während die Abonnentenzahl der Breslauer "Volkswacht" und der "Wahrheit" im Januar 1905 noch 16 650 betrug, ist sie Ende Januar 1906 auf 25 700 gestiegen. Seit der Verurteilung unseres Genossen Löbe zu einem Jahre Gefängnis betrug die Summe der Abonnentenzahl 32 641. Unter allen Parteiblättern steht jetzt die Breslauer "Volkswacht" an sechster Stelle. — In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins zu Breslau, in der diese Mitteilungen gemacht wurden, teilte Genosse Löbe noch mit, er habe die Revision in seiner Ein-Jahr-Sache zurückgezogen! Er werde daher in der allernächsten Zeit seine Strafe antreten. Grund zu seiner Entschließung war die Ansicht seines Verteidigers, des Genossen Heinrich, daß seine Revision, juristisch beurteilt, wenig Aussicht auf Erfolg habe. — Wie pflichten dem vollkommen bei, was der "Vorwärts" hierzu bemerkte: Wir bedauern, daß sich Genosse Löbe von solchen Gründen rein technischer Natur bestimmen ließ. Seine Verurteilung hat doch nicht nur eine juristische, sondern eine diese weit überwiegende politische Bedeutung. Er hätte deswegen in jede die juristische die politische Wirkung seines Entschlusses prüfen sollen. Und da muß man sagen: Urteil, die so wie dies dem Empfinden des Volkes ins Gesicht schlagen, müssen schon deshalb bis in die höchste Instanz verfolgt werden, um an ihnen als einem Brüllstein dem Volke den Wert unserer Rechtspflege im ganzen Umfange ad oculus zu demonstrieren. Dazu kommt, daß die ungeheure Aufregung, die dieses Urteil herverufen hat, und die starke politische Wirkung dieser Aufregung in jeder Instanz neu geweckt wird. Die Breslauer Genossen sehen in ihren eigenen Erfolgen, was das bedeutet. Politische Prozesse darf man eben nicht allein vom rein juristischen Standpunkt bewerten.

Arbeitermisbrach der Flottenfanatiker. Aus dem Ruhrrevier wird geschrieben: In den Industriezentren unseres schwarzen Reichs erlaubt man sich heute noch unglaubliche Dinge. Dank der Verdummungsfähigkeit der Pfaßen und ihrer Kreaturen im Arbeiterviertel ist es außerordentlich schwer, die Arbeiterrassen mit Pfaffenbewußtsein zu durchdringen. Trotzdem macht sich jetzt unter den Arbeitern der Rheinischen Stahlwerke zu Meldezeit eine lebhafte Erregung geltend. In diesem Werke zirkulierte nämlich eine Petition, in der der Reichstag aufgefordert wird, die Flottenvorlage anzunehmen. Außerdem ist in dem Werkzeug gefordert, daß die Vorlage in ihrem jetzigen Umfange nicht unannehmbar das verlangt, was zum "Wohl des Vaterlandes" notwendig. Arbeiter des dortigen Werkes. Die wissen nun, was ihnen blüht: Wer nicht unterschreibt, — fliegt! Die Unternehmer im Reiche der Staines und Thyssen, Krupp etc. sind in dieser Beziehung von einer bemerkenswerten Konsequenz und Schlagfertigkeit.

den Ohren trocken ist, im zweiten Stock wohnt und schön Frau und Kind hat, oder doch so ziemlich dasselbe, wie er sagt; und dieses Mädchen, das für sich Haus hält und mich zum Tee einlädt! Vater und Mutter gilt nichts mehr", fuhr Frau Carey fort, eine Prise Schnapsflasche nehmen und tief nachsinnend. "Die Kinder verdienen den Lohn", fügte sie nach einer Pause hinzu, „daran liegt's.“

Neuntes Kapitel.

Mittlerweile waren Gerard und Stefan zu einem großen, leichtgebauten, innen und außen sehr hell erleuchteten Hause gelangt, das nach dem summen Geräusch, welches daraus hervordrang, und nach der Zahl der aus- und eingehenden Personen zu urteilen, offenbar ein öffentliches Vergnügungsort war. Es trug ein Schild mit der Aufschrift: "Käse und Brot" und war das Eigentum eines Mannes, der eigentlich John Trottman hieß, aber weit und breit unter dem Namen "der lustige Tod" bekannt war.

Die Gesährten traten in die geräumigen Lokalitäten ein und gingen an das dicht umdrängte Buffet, wo Stefan eine wohlbekannte Dame, welche daselbst den Voritz führte, und die ihn genau zu kennen schien, nach dem Gruss mit leiser Stimme fragte: "Ist er hier?"

"Im Tempel, Herr Worley. Er hat mehr als einmal nach Ihnen und Ihrem Freunde gefragt. Geben Sie mir hinunter. Ich weiß, er wünscht Sie zu sprechen."

Stefan flüsterte Gerard etwas zu und nahm dann zwei Eintrittskarten für je drei Pence, welche Summe, wie auf der Rückseite bemerkte war, in Getränken zurückgestaltet wurde — was allerdings ein so eifriges Mitglied des Magdeburgvereins, wie Stefan es war, nicht besonders lohen konnte.

Das weiß niemand besser als die Arbeiter. Und zu einem einheitlichen Vorgehen ist hier festen die Möglichkeit, weil die schwarzen Arbeitergesellschaften die höchste Arbeitskraft gehalten haben. Sollten die Flottenschwärme mit den Gewerken ihre Aktion sich machen, so wird man wissen, wie sich die Arbeiter zu bewegen hat. Nicht in anderer Hinsicht ist die Handlung der hiesigen Flottenkapitale interessant. Es ist kein Unfall, daß die Aktion gerade auf einem Tag stattfindet, so daß allen hiesigen Hauptgewaltigen nach den von der Regierung verteilten Hoppen das Maul wäßert. Die Aktion der Weiberarbeiter ist also nichts als ein ganz gewöhnlicher Geschäftsstreich.

Aus Nah und Fern.

Zu dem Fund eines Menschenkopfes auf der Lokomotive des Breslau-Hirschberger Schnellzuges, der, wie wir längst mißtellen, beim Entfernen des Kopfes auf dem Bahnhof in Freiburg gemacht wurde, wird weiter berichtet, daß nunmehr auch der dazu gehörnde Rumpf auf dem Bahndamm bei der Station Gräbchen entdeckt worden ist. Der Tote ist durch seine Mutter als der 21jährige Arbeiter Felix Wissler aus Gräbchen reklamiert worden. Der junge Mann hatte sich am Abend aus der Wohnung entfernt, nachdem er Verletzungen getan, die auf einen Selbstmord hindeuteten. Er sollte nach dem Bahnhof und ist dort von dem Schnellzug überfahren. Durch den scharfbewaffneten Aufmarsch wurde der Leichenfund mehrere Meter weit fortgeschleudert, nachdem ihm von den Händen der Lokomotive der Kopf abgerissen worden war. Während der Kampf den Bahndamm hinunterrollte, flog der Kopf auf den Rauchkamindeckel der Lokomotive und blieb dort hängen, bis er in Freiburg gefunden wurde.

Erschossen. Nach einer Melbung aus Wachen wurde

bei einem Zusammenstoß zwischen einem berüchtigten Wild-

tier und zwei Grenzwächtern bei Meensen der Wilderer durch eine Kugel in die Stirn getötet.

Ein schwerer Verlust steht den braven Kubolstädtern bevor, wenn die für den 16. Februar anstehende Landtagswahl wieder zu rot aussäfft. Es wird nämlich die wichtige Mitteilung verbreitet: "Mit dem Ausschluß der am 16. Februar stattfindenden Landtagswahlen, wie die Regierung verlautbaren läßt, das Schicksal der hiesigen Kapelle verknüpft. Kommt der alte Landtag mit je acht bürgerlichen und acht sozialdemokratischen Abgeordneten wieder und versagt die Erhöhung der Kameralrente (das "Gehalt" für den Fürsten), dann will der Fürst die Kapelle eingehen lassen." Wenn nun die Patrioten in Schwarzbürg-Rudolstadt eine Niederlage erleiden, können sie sich damit trösten, sie seien mit Pauken und Trompeten durchgefassen.

Das dicke Ende kommt jetzt nach, nämlich in der sogenannten Schmuggelaffäre des Schulschiffes "Großherzogin Elisabeth". Alles bestimmtste war erklärt worden, daß das Schiff weder Platz für viel Weintrauben noch die Offiziere und Unteroffiziere Geld für solche Mengen Weines hätten, wie da genannt wurden. Jetzt erscheint in der "Köln. Blg." eine merkwürdige "Ausklärung" der Angelegenheit. Die Schmuggelleute klärt sich nach einem Telegramm aus Galveston nämlich dahin auf: daß der Steuwart des Schiffes 274 Flaschen Wein an einen Wirt in Galveston verkauft hatte. Der Wagen mit dem Wein wurde auf dem Wege nach dem Zollamt aufgehalten, und die Zollbeamte gibt selbst zu, daß nach der ganzen Sache offenbar kein Schmuggel absichtigt war und daß der Zollbeamte, der einen Schmuggel witterte, voreilig gehandelt hat. — Dass der Wagen aus dem Wege nach dem Zollamt war, Klingt sehr unglaublich. Denn was hätte der Steuwart für ein Interesse an einem Weinverkauf, wenn er den Zoll nicht sparen wollte? Sollte aber wirklich keine Wacht zum Schmuggel vorliegen, so bleibe der interessante Weinverkauf immer noch übrig. Er gibt zu manchen Gedanken Anlaß.

Jagd auf einen Raubmörder. In der Schönhauser Vorstadt zu Berlin gab es am 6. Februar große Aufregung. Ein Kriminalbeamter hatte den wegen der Ermordung des Kellners Giernoch schon lange verfolgten Leiderarbeiter Henning durch die Schönhauser Allee gehen sehen und ihn festgenommen. Der Ergriffene folgte ruhig bis zur Waffe des Reviers, zog dann aber unverzüglich vor der Tür des Reviers seine Revolver, um den Beamten niederschütteln, verzog jedoch, die Waffe zu entziehen, so daß er vergeblich abbüxt. Hierauf ergab sich der Polizei dem Kriminalbeamten einen wichtigen Schlag ins

Eine hübsche breite Treppe mit blankem messingenen Geländer führt sie in einen geräumigen Vorraum und vor eine Türe, an der ein Knabe saß, welcher die Eintrittskarten sammelte. Über der Türe stand mit wichtigen Lettern aus Gasflammen: "Der Tempel der Männer."

Gerard und Worley traten in den Tempel, einen hohen, reich verzierten Saal, dessen Decke und Seitenwände geschmackvoll verziert und mit Freskenmalereien ausgestattet waren. Es war so voll, daß kaum mehr ein Platz zu finden war. Viele Hunderte von Gästen saßen an den Tischen, essend, trinkend, plaudernd, lachend und auch rauchend. Das Rauchen wurde zwar vom Wirt nicht geahnt, allein er mußte gute Miete zum köstlichen Spiel machen. Im Nebigen benahmen die Gäste, fast ausschließlich Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen, sich müsterhaft. Die Kellner jagten umher mit einem Eiser, als ob sie Grafen und Fürsten bedienten. Auf der Bühne wurden komische und andere Gesänge aufgeführt. Ein Kellner, der unseren Freunden einen Platz zeigte und ihnen mit großer Bungensertigkeit die Speisen und Getränke empfahl, wurde plötzlich von dem Wirt bei Seite geschoben: "Dort sind zwei amerikanische Herren aus Lowell; sie wollen Sheriff Cobbler; ich weiß nicht, was das ist; geben Sie ihnen unsere Mischung und sagen Sie, es sei der Worley-Nektar!" Und sich zu Worley wendend: "Alles muß einen Namen haben. Auf den Namen komm' ich an. Hätte ich diese Kost eine "Salon" genannt, stellte sie "Tempel" zu nennen, das Publikum wäre weggeblieben und die Begründer hätten wahrscheinlich die Konzession verwirkt."

(Fortsetzung folgt.)

Geschäft und ließ fort. Vor dem Hause Schönbäuer Allee 28 stieß Henzig, ohne zu treffen, auf einen san verfolgenden Brüderger und lief dann in das Hause, um über die Dächer zu entkommen. Hier ging er nach der Wöhrerstrasse hinüber und dann weiter nach einem Hause der Friedensstraße, bis vom Boden die Gruppe hinterher zu einem im Erdgeschoss wohnenden Schuhmacher, bei welter sich bei diesem in ein Paar Stiefel, ließ sich vom Platz nehmen und zog ein Paar neue grüngesäte Pantoffeln an, setzte sich die Mütze des Meisters an, zog seine Jacke an und sprang möglich durch ein offenes Fenster auf den Hof hinaus. Die Polizei suchte das ganze Haus ab und fand ihn in einem einzelnen Winkel ab, jedoch ohne bei Hemzg zu finden.

Sie nimmt kein Ende . . . Ein Dresden er schieden von einer unprozeßt kam auch um vorigen Freitag vor dem sozialen Landgericht zur Verhandlung. Der kaum 18-jährige Fleischergehilfe Willi Hermann Kleinvächter soll sich nach der Anklage am Sonntag den 3. Dezember bei Auftritt als schuldig gemacht haben. Er, der als Widerstreiter nach dem ländlichen Werksgebet an einer politischen Versammlung überhaupt nicht teilnehmen darf, wurde von einem Freunde seiner Kloß aufgefordert, in die Versammlung im Fleischener Gasthof einzutreten. Sie fanden jedoch das Lokal bereits waren

Überfüllung gesperrt vor und warteten bis zum Schluss der Versammlung in der Gaststube, worauf sie mit dem Buge nach der Stadt marschierten. Da die Markenbrücke durch ein zöhriges Polizeiaufgebot abgesperrt war, stauten sich hier die Menge. Der Schenkbarm stand vor dem ihm persönlich bekannten Angeklagten, der sich ziemlich vorn befand, zum Halstuch auf. Es ging ein Stück weg, erschien aber dann wieder, wo auf ihm der Schuh nah mit Verhostung drohte. Der Angklagte wandte sich darauf weg und wurde von dem Gericht auch nicht wieder gefangen. Wie er nun erzählte, ist er von der vorwärtsdrängenden Menge mit fortgerissen und sogar zu Boden gebildet worden. Da demselben Augenblick durchfuhr eine Elektrische die Brücke, schwoll dadurch in letztere eine Welle, durch die er mit hindurchschlupfte, nachdem er erst vor ihm viele hundert Personen dieselbe gläsig Gelegenheit benutzt hatten. Dies der Vergang, aus dem die Anklage wegen Aufreis konstruiert worden ist. Die Brückeüberfahrt ergab absolut nichts dafür, daß die Menge unter Gewaltanwendung die Poststelle durchbrachen habe, noch viel weniger der Angeklagte. Tatsächlich kann man sich über das vorliegende Strafverfahren nicht genug wundern, wenn man erfährt, daß der genannte Schenkbarm den Angeklagten gar nicht zur Anzeige gebracht hat, somit dessen Verhältnisse

auch nicht für strafbar gehalten haben kann. Erst als die Polizeidirektion ihre Beamten aufsorberte, alle diejenigen Personen, die sich an den Unzügen beteiligt hätten und zufällig erkannt worden wären, zur Anzeige zu bringen, hat der Beige am 12. Dezember auch den Angeklagten nachhalt gerichtet, der darauf noch am selben Tage verhaftet wurde. Dazu kommt, daß gegen Kloß und Fick (zwei Begleiter des Angeklagten) aus denselben Anlaß unabhängig gemachte Strafverfahren wieder eingestellt werden ist, weil die Staatsanwaltschaft selbst zugegeben hat, daß es gar keine andere Möglichkeit gegeben habe, aus der Menge herauszukommen, als durch die von Straßenbahnenwagen in der Schuhmanufaktur geschaffene Lücke hindurchzulaufen. Das Gericht, unter Vorsitz des Landgerichtsrat Wölck, hielt die Anklage aber für gedeckt und verurteilte den jungen Menschen in sechs Monaten Gefängnis.

Witterung.
Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:

Bon der Dreherei d. L. M. G.
Überschuss 1.90 Mt.
Expedition d. Lab. Wollb.

Totaler Ausverkauf wegen schleuniger Räumung für jeden annehmbar. Preis.

Ca. 100 hochfeine Mäuse, Taschen-, Moquette- und Salongarnituren in allen Farben, Kissen, Schreibbücher, Salonschränke, Phantasiestühle, Spiegel und Spiegelschränke, großes Trumeau, Salons- und Ausziehtische, Bettstühle, Waschtisch, engl. Schlafzimmer, hell und alt mahag., Küchenmöbel.

Fischstraße 40.

Billiges Volksgetränk!

Trinkt

H. Bülc's Misch-Kaffee!

Pfund 60 und 80 Pf.
in 1/2 und 1/4 Pfund.

Die Mischungen enthalten keinerlei künstliche Farbstoffe, keine habarische Bohnen (sog. vom Seewasser beschädigt) und sind frei von jedem Beschwerungs-mittel.

H. Bülc

Breitestraße 54. Fernruf 149.

Sämtl. Sorten Weine u. Spirituosen,

Grimm's

feinst. Doppelkümmel, Krummessner, Buntekuh-Kümmel empfohlen zu billigsten Preisen.

Carl Grimm

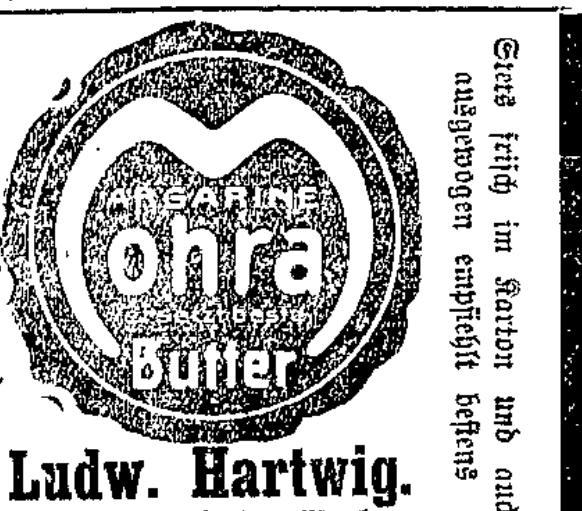
Wein- u. Spirituosenhandlung, Rosenstraße 10. Fernruf 1811.

Willy Koch,
Bahnmechaniker,
Lübeck, Holstenstr. 21.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.

L. S. Baruch,
Friedrichstraße 35.

Adolf Hübner, Uhren- u. Goldwarenhandlung, Guts-Mühle 13.



Ludw. Hartwig.

Sie erhalten Lübeck-Marken

Echte
frisch
ausgezogen
empfohlen
gegen

Züglich
in allen Verkaufsstellen:
Frisches

Kraft-Dauer-Brot.
C. Siemers, Struckmühle.

Fernsprecher 1110

Bezugssquelle nur guter Sorten Matjes, Sommerfang- und Hohmheringe, von Johowits bester Qualität, der beliebtesten Thüringer Salz- u. Saucerküken, s. Himbeer- u. Kirschsaft. Fabrik des überall beliebtesten nach alter bewährter Bangs'scher Methode hergestellten Eßfigs und Eßfigspritzen, von Wein-, Himbeer-, Estragon-, Gewürz- und Konserveierungs-Honig-Eßfig (anerkannt vorzügl. Einmach-Eßfig). Käse, bester Qualität in groß. Auswahl.

H. L. Wiegel's verm. J. C. Bunge
Eßfigsfabrik gegr. 1825.
Fischgrube 61. Fernsprecher 217.

Wilhelm Rahfotth, Lübeck, Untertrave 113.
Weine und Spirituosen

Billiger Verkauf von

Wein, Rum, Kognak, Likören etc.

Vergleichen Sie meine Weine und Spirituosen mit sonst erhältlichen Qualitäten.

Inverhört billiger Inventur-Ausverkauf

über 50 bis 75% Preisermäßigung.

Herren-Anzüge

sonst 14 bis 36 Mt.
jetzt nur 675 bis 1500

Kammgarn-Anzüge

sonst 19 bis 36 Mt.
jetzt nur 1000 bis 2000

Alle Sorten Feinkleider

von 100 Mt. an.

Winter-Paletots bis zu den feinsten Qualitäten
für nur 5, 9, 10 13 Mt.

Sommer-Paletots
9, 7, 5, 450 u. 250 Mt. an

Burschen-Winter-Paletots
jetzt 200 Mt.

Knaben-Anzüge jetzt 85 Pf. an.

Konfirmanden-Anzüge jetzt enorm billig

in Cheviot 450 bis 750 Mt. in Crepe 8 und 1075 Mt.

in Kammgarn 1000 und 1450 Mt.

Beachten Sie unser Schaufenster.

Gebr. Bandshurger

Achten Sie genau auf Nr. 10 Holstenstraße 10.

Betten-Duve, gr. Burgstraße 32.

Bettfedern, Daunen, Aussteuerartikel

Gratis-Anfertigung.

Billigste Preise.

Rabattmarken werden ausgegeben.

Echte frisch im Karton und auch auspacken empfohlen.

Echte frisch im Karton und auch

**Inventur-
Ausverkauf.**

Leinen- und Wäschehaus

Gebrüder Hefti, Lübeck.

Untertrave 111/112.

**Inventur-
Ausverkauf.**

Günstigste Gelegenheit für Brautausstattungen.

Ein Posten
leicht angestünte
Damenwäsche.

Tuch- u. Sommer-
Unterröcke
teils für die Hälfte.

Tändelschürzen
15 Pfg.
Hausschürzen
enorm billig.

Ein grosser Posten
Band-Stores
bedeutend unter Preis.

So lange der Vorrat reicht:
pa. Satin-Bezüge
früher 4.25 Mk.
jetzt 2.75 Mk.

prima Damast-Bezüge
früher 6.00—9.00 Mk.
jetzt 3.75—6.00 Mk.

Leinen-
Batist-Taschentücher
mit bunter Kante
mit 33½ Prozent.

Herren-Krawatten
regulärer Wert 1—2 Mk.,
jetzt 50 Pfg.

Einzelne Handtücher
billig.
Tischtücher, Servietten,

Betten — Bettstellen
Federn — Daunen
— Gardinen —
— Teppiche. —

Trotz dieser billigen Preise rote Lubeca-Marken.

Central-Hallen.

Dankwartsgrube 20—22.

Jeden Sonntag:

Großer Tanz

in beiden Sälen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Kolosseum

Sonntag den 11. März 1906

Gr. Volksmaskerade.

w. Dassler.

Raffeehaus Moisling.

Sonntag:
Grosses Kappen-Fest.

Eintritt frei. Tanz frei.

Louisenußt.

Morgen Sonntag:

Großes Bockbier-Fest.

Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
Eintritt frei.

w. Gloe.

Konzerthaus Harmonie

Hügstraße 110.

Sonntag den 11. Februar:

Großes humoristisches Bockbierfest.

Nieder zum Mitsingen gibts gratis
Eintritt frei. Anfang 4 Uhr.
Einen gemütlichen Abend versprechend, laden
hierzu freundlich ein

Ludwig Kock.

Quartettverein Amicitia.

Maskenball

am Faschingsmontag d. 26. Febr.
im Kolosseum.

Der Vorstand

Tiergarten.

Arnimstrasse 51.

Angenehmer
Familien-Aufenthalt.
Ein Klavier steht den werten Gästen
zur gefälligen Benutzung zur Verfügung.
W. Grammerstorff.

Verantwortlicher Redakteur für den gesammelten Inhalt der Zeitung zu Lübeck im Hubert "Silber und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. beschrifteten Artikel und Notizen:
Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Hubert "Silber und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. beschrifteten Artikel und Notizen: Paul Schwink.
Belegat: Eduard Schwarz. — Druck von Friedr. Meyer & So. — Gestaltung im Silber.

Heinr. Tesenfitz

Lübeck Breitestrasse 11 Lübeck

neben der Hansa-Bäckerei
empfiehlt zu nachstehenden billigen Preisen:

Best. Kissen von 50 Pfg. an
Ges. Betttücher von 1.50 M. an
Ges. Handtücher von 25 Pfg. an
Genähte Kissen von 75 Pfg. an
Genähte Bezüge von 2.50 M. an
Große gest. Kissen v. 1.80 M. an
Baby-Kemden von 20 Pfg. an
- Jacken von 20 Pfg. an
- Binden von 20 Pfg. an
- Wickelbänder 25 Pfg. an
- Kindertücher Dt. 4 M. an
- Bünde von 45 Pfg. an.



Rote Ro-
bott-
marken werden
trotzdem
aus-
gegeben.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Einladung zum

Winter-Fest

bestehend in Theater-Aufführung, Vorträgen und Ball
am Sonntag den 18. Febr. 1906
im „Vereinshaus“, Johannisstraße No. 50—52.

Eintritt für Herren 50 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.

Anfang 5 Uhr.

Ende 2 Uhr.

Das Komitee.

• Gold-, Silber- und Alsenidewaren. •
Alfred Braun, Goldschmied, hinter St. Petri 15.

„Flora“

Konzerthaus.

Heute Sonntag, 11. Februar 1906.
Grosser

Masken-Ball

Zentral-Verband der Fleischer
und Verfschönen Deutschlands.
(Sitzstelle Lübeck)

Einladung zum

BALL

am Sonntag den 11. Februar
im „Vereinshaus“

Johannisstraße 50—52.

Serrentarife 50 Pfg., eine Dame frei.
Damenkarte 20 Pfg., wofür Garderobe.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Hierzu lädt freundlich ein

Das Komitee.

St. Jürgen-
Liederfranz.

Kappen-Fest

verbunden mit
Theater-Aufführung u. Gesangsvorträgen

am Sonntag den 11. Februar 1906

im Lokale des Herrn Fürbörter,
Wakenitz - Bellevue

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Karten im Vorverkauf 50 Pfg.

Der Vorstand.

Gesang-Verein

„Einigkeit“

(St. Gertrud).

Familien-Sräuzchen

am Dienstag den 13. Februar 1906

im Lokale d. Hru. Grammerstorff

„Tiergarten“

Anfang abends 8 Uhr.

Der Vorstand.

Gesang-Verein

„Freiheit“

Kappen-Fest

am Sonntag den 11. Februar 1906

im Lokale des Herrn Jenkel,
„Einsegel“

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.

Das Komitee.

Panorama

Breitestrasse 53, 1. Etg.

Diese Woche ausgestellt:

Reise in Tirol

Boisachthal, Zugspitze etc.